

für **HAMBURG**

EIN MAGAZIN VON UNTERNEHMERN FÜR UNTERNEHMER IN DER METROPOLREGION HAMBURG

Ausgabe 04/2013

NACHGEDACHT
DR. BJÖRN CASTAN ÜBER
DIE VERANTWORTUNG VON
FAMILIENUNTERNEHMERN

DEUTSCHLAND NACH
DER BUNDESTAGSWAHL
WAS BRINGT DIE GROSSE KOALITION?

KUNST UND MARKT
DIE SUCHE NACH ALTERNATIVEN
ANLAGEMÖGLICHKEITEN

STIMMEN ZUM NETZRÜCKKAUF
EIN VOLKSENTSCHEID SPALTET DIE STADT

DIE FDP NACH DEM
WAHLDEBAKEL

INTERVIEW MIT DER HAMBURGER
FRAKTIONSVORSITZENDEN KATJA SUDING

Grenzen einfacher überschreiten

Für ein Engagement im Ausland gibt es viele gute Gründe. Dank unserer Präsenz in 154 Ländern kennen wir die Chancen und die Fallstricke und unterstützen Sie national wie international, neue Märkte zu erschließen, Produktionsstätten zu errichten, neue Vertriebsstrukturen in Wachstumsmärkten aufzubauen oder Ihre steuerlichen Herausforderungen bei der Internationalisierung zu meistern. Aus einer Hand mit spezifischer Perspektive auf Familienunternehmen. Wann sprechen wir darüber? Dr. Peter Bartels, Tel.: + 49 211 981-2176, E-Mail: peter.bartels@de.pwc.com



EDITORIAL

LIEBE MITGLIEDER UND FREUNDE VON DIE FAMILIENUNTERNEHMER UND DIE JUNGEN UNTERNEHMER

Es ist wieder soweit. Weihnachten steht vor der Tür! Es ist die Zeit der Weihnachtsfeiern, der prall gefüllten Kalender, des Glühweins, der Geschenkesuche in überfüllten Innenstädten, der Familienzusammenkünfte und manchmal auch der persönlichen Besinnung. Auf jeden Fall ist es die Zeit der Rückblicke auf das scheidende Jahr.

Überragendes Ereignis 2013 war die Bundestagswahl. Für die meisten Unternehmer stellte der Wahlausgang eine faustdicke Überraschung dar: Das Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag bedeutete das Ende der bürgerlichen Mehrheit. Dank des starken Abschneidens der Union ist die größte Sorge der heimischen Wirtschaft – die Vermögenssteuer – zwar derzeit vom Tisch, allerdings deuten die Koalitionsverhandlungen bereits auf einen flächendeckenden Mindestlohn und umfassende Wahlgeschenke zu Lasten des Staatshaushalts hin. Die öffentliche Regulation wird zunehmen, eine nachhaltige und generationengerechte Politik in den Hintergrund gedrängt. Hieraus leitet sich für das neue Jahr ein wichtiger Auftrag für DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER ab: Wir werden in Hamburg und auf nationaler Ebene für die Grundwerte unseres Verbands – Freiheit, Eigentum, Wettbewerb, Verantwortung – eintreten.



Michael Moritz
Regionalvorsitzender
Metropolregion Hamburg
DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU



Jan Schmidt
Regionalvorsitzender
Metropolregion Hamburg
DIE JUNGEN UNTERNEHMER – BJU

Parallel zur Bundestagswahl erfolgte in Hamburg die Entscheidung für den Versuch eines Rückkaufs der Energienetze durch die Stadt. Als Verband sind wir beunruhigt über das sehr hohe wirtschaftliche Risiko, das nun mit dem Votum einhergeht. Im Bündnis mit zahlreichen anderen Organisationen hatten wir vor der Wahl intensiv über die möglichen Folgen informiert. Die Stadt hat sich schon zu häufig als Unternehmer versucht, mit fatalen Konsequenzen für die öffentlichen Kassen. Dennoch bekennen wir uns als Verband zur demokratischen Legitimierung des Entscheids und werden Hamburg bei der Umsetzung mit unternehmerischem Rat zur Seite stehen.

Insgesamt war 2013 für die Hamburger Unternehmen jedoch ein gutes Jahr. Die Staatsschuldenkrise hat nicht zu dem befürchteten Zusammenbruch der Euro-Zone geführt. Mit Deutschland als Musterschüler wächst das Bruttoinlandsprodukt der Euro-Zone, die Preise sind stabil, die Auftragslage weiterhin gut. Die Hoffnung auf einen weiteren Aufschwung 2014 ist groß.

In diesem Sinn wünschen wir unseren Lesern vor allem eine geruhige und friedliche Zeit. Auf ein erfolgreiches neues Jahr!

Herzlichst

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

INHALT

NORDOSTSÜDWEST

- ÜBER VERANTWORTUNG VON FAMILIENUNTERNEHMERN** Seite 6
- KAFFEEGESCHICHTEN – DRACHENKAFFEE VON DEN GALAPAGOSINSELN** Seite 9
- GLOSSE – OBAMAS LISTE** Seite 15

SCHWARZROTGRÜNGELB

- FDP NACH DEM WAHLDEBAKEL** Seite 10
- BUNDESTAGSWAHL 2013
WAHLSIEG FÜR DIE UNION – BRINGT EINE GROSSE KOALITION AUCH GROSSE POLITIK?** Seite 16
- DER GESPALTENE ARBEITSMARKT** Seite 18
- WORAUF WIR UNS EINSTELLEN MÜSSEN – NACHGEDANKEN ZUM WAHLAUSGANG** Seite 19
- DIE SONNTAGSFRAGE** Seite 20
- AUGEN AUF BEIM NETZRÜCKKAUF** Seite 21
- VOLKSENTSCHEID ERWEIST HAMBURG KEINEN GUTEN DIENST** Seite 22
- DIE UMSETZUNG DES VOLKSENTSCHEIDS – EIN SCHWIERIGER WEG** Seite 23
- STELLUNGNAHME DER BEHÖRDE FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR UND INNOVATION
ZUR ZUKUNFT DES HAMBURGER HAFENS** Seite 24

FÜR HAMBURG

- ATELIERGESPRÄCH MIT MICHAEL WESELY** Seite 26
- INNOVATION FÜR DEN GÜTERVERKEHR: LANG-LKW AUF DEUTSCHEN STRASSEN** Seite 32

MITGLIEDER UND VERANSTALTUNGEN

- MITTAGSTISCH – MEHR WACHSTUM UND FLEXIBILITÄT DANK FINANZIERUNG 2.0** Seite 34
- HAMBURG GEWINNT DIE „KLUB DER GRÜNDER“-
REGIONALKREISMEISTERSCHAFT IM POKERN** Seite 35
- WAHPARTY ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013 –
YOU CAN'T ALWAYS GET WHAT YOU WANT** Seite 36
- PODIUMSDISKUSSION – KUNST UND MARKT** Seite 38

RUBRIKEN

- EDITORIAL** Seite 3
- PRESSESPiegel –
ABGEDRUCKT UND AUSGESTRAHLT** Seite 40
- BUCHTIPP** Seite 41
- KURZ GEMELDET** Seite 42



IMPRESSUM FÜR HAMBURG

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:

DIE JUNGEN UNTERNEHMER – BJU
RK Metropolregion Hamburg (www.bju-hamburg.de)
Regionalvorsitzender – Fabian Gewalt
NORTAX Treuhand GmbH, Steuerberatungsgesellschaft
Bleichenbrücke 9, 22354 Hamburg

DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU e.V.
RK Metropolregion Hamburg (www.asu-hamburg.de)
Regionalvorsitzender – Michael Moritz
CatCap GmbH, Valentinskamp 24, 20354 Hamburg

Landesgeschäftsstelle Hamburg

Birgitta Schoch, Charlottenstraße 24, 10117 Berlin
Tel. 040-81 99 42 58
schoch@familienunternehmer.eu

Anzeigen:

Haakon Fritzsche, +49 162 1324 672
redaktion@fuer-hh.de

Auflage: 3.000 Exemplare,
unentgeltliches Mitgliedermagazin

Redaktion:

redaktion@fuer-hh.de
Thomas Bauerkämper,
David Friedemann,
Haakon Fritzsche,
Xenia Mergler,
Wilfried H. H. Remmers,
Manja Wittkowski
Redaktionsanschrift: c/o That's ad,
Mittelweg 138, 20148 Hamburg

Konzeption und Gestaltung:

That's ad communication
Mittelweg 138, 20148 Hamburg
www.thats-ad.com

Titelgestaltung:

Michael Wesely

Erscheinungsweise: 4x jährlich

www.fuer-hh.de

Versand:

DATA2000 GmbH
Kaiser-Wilhelm-Straße 16
20355 Hamburg
www.DATA2000.de

Nächster Redaktionsschluss:

28. Februar 2014

Autorenbeiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Beiträge zu kürzen oder nicht zu übernehmen. Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Einsendung von Beiträgen und Bildern alle Rechte für die Print- und Digitalverarbeitung an die Redaktion abtreten. Ein Anspruch gegen die Redaktion entsteht grundsätzlich nicht. Der Verfasser verpflichtet sich außerdem, FÜR HAMBURG von Ansprüchen Dritter, die durch die Verwendung von zur Verfügung gestellten Materialien entstehen, freizustellen.

ÜBER VERANTWORTUNG VON FAMILIENUNTERNEHMERN

Autor: Dr. Björn Castan

Der Begriff der Verantwortung bekommt eine inhaltliche Bedeutung überhaupt erst durch einen Inhaber von Verantwortung. Diese Bedeutung kann, je nach eigener Deutung, vollkommen unterschiedlich sein. Die Wahlverlierer Brüderle und Rösler sahen sich in der Verantwortung für das Desaster der FDP bei der Bundestagswahl 2013 und traten daher sofort zurück. Der Wahlverlierer Trittin begründete noch am Wahlabend ebenfalls mit seiner Verantwortung das genaue Gegenteil. Er sah es zunächst als seine Verantwortung, nicht wegzulaufen, sondern auf seinem Posten zu bleiben, um die Grünen weiterhin zu führen. Diametral unterschiedliche Konsequenzen aus einer ähnlichen Situation, beide begründet mit dem, was die jeweils Handelnden als Verantwortung verstehen. Als erstes Zwischenfazit kann daher festgehalten werden, dass Verantwortung offenbar kein einheitlicher Begriff ist.

Wie kommt es nun zu solch völlig unterschiedlichen Deutungen von Verantwortung? Offenbar kommt es für den Inhalt der Verantwortung nicht nur auf die eigene Interpretation an, sondern es wird ihr auch durch die Erwartungen anderer eine Bedeutung gegeben. Rösler und Brüderle wussten, dass ihre Parteifreunde ihren Rücktritt erwarteten, während Trittin wohl zunächst dachte, es wäre der Wunsch seiner Genossen, im Amt zu bleiben.

Wir Menschen werden völlig frei von jeder Verantwortung geboren. Die Ver-

antwortung für uns selbst müssen wir im Laufe unserer Kindheit und Jugend erlernen. Manchen von uns gelingt dies besser als anderen. Die Verantwortung für andere müssen wir uns nehmen. Keineswegs ist es möglich, Verantwortung einseitig zu übertragen, zum Beispiel auf Unternehmensnachfolger oder Manager. Es gehört zwingend ein anderer dazu, der Verantwortung nimmt.

Wir Familienunternehmer haben mit unserer Entscheidung für die Selbstständigkeit Verantwortung übernommen. Wir haben uns diese im besten Sinne des Wortes auch genommen, da wir gerne Verantwor-

tung haben. Ich sage bewusst, wir haben Verantwortung. Wir tragen sie nicht, denn getragen wird eine Last. Verantwortung ist für uns aber keine Last. Wir haben sie gerne. Und wir haben sie freiwillig.

Was ist denn nun eigentlich Verantwortung?

Als erstes bedeutet Verantwortung Schutz. Unseren kleinen Kindern sagen wir, sie müssten lernen, Verantwortung für ihre Spielsachen zu übernehmen. Damit meinen wir, sie sollen sie beschützen. Sie sollen sie nicht verlieren und sie sollen dafür sorgen, dass sie heil bleiben. Kleine Kinder wollen diese Verantwortung oft gar nicht. Ihnen ist es zuweilen egal, ob das Spielzeug, das eben noch wichtig war, im nächsten Moment kaputt oder verloren ist. Wenn sie ein schöneres Spielzeug sehen, lassen sie das, was sie gerade noch in der Hand hielten, einfach fallen.

Wir übernehmen Verantwortung für Sachen, für Menschen, für Organisationen. Aus der Verantwortung entsteht unsere Verpflichtung, Schutz zu bieten, sich um sie zu kümmern, für sie zu sorgen. Als Gegenleistung erwarten und hoffen wir, dass sie bei uns bleiben oder uns zumin-

Dr. Björn Castan ist Inhaber des Hamburger Marktforschungsinstituts United Research AG. Er engagiert sich seit 13 Jahren ehrenamtlich im Verband DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER, aktuell als Mitglied des Vorstands im Regionalkreis Hamburg und als Vorsitzender der Wirtschaftspolitischen Kommission.

dest erhalten bleiben. Und wir erhoffen uns, dass wir, wenn wir unserer Verantwortung gerecht geworden sind, davon auch profitieren.

Ein Unternehmer, der seiner Verantwortung gerecht wird, richtige Entscheidungen trifft, seine Firma schützt und für seine Mitarbeiter sorgt, wird mit Stolz vom Erfolg seiner Entscheidungen profitieren. Die andere Seite der Verantwortung bedeutet für uns Familienunternehmer aber auch, dass wir für falsche Entscheidungen gerade stehen und die Konsequenzen selbst tragen. Die bei managergeführten Unternehmen oft anzutreffende, positive Verantwortung für Erfolg bei gleichzeitig völliger Zurückweisung jeglicher persönlicher Verantwortung für Fehlentscheidungen steht im Widerspruch zu den Werten der Familienunternehmer. Wie viele Manager lassen sich im Erfolgsfall feiern, weisen aber bei Misserfolg jede persönliche Verantwortung zurück? Sie ernten die Früchte des Erfolgs. An den Konsequenzen des Misserfolgs nehmen sie in der Regel zumindest finanziell nicht teil, sondern klagen oftmals noch hohe Abfindungen ein. Für uns Familienunternehmer sind die Konsequenzen aus Erfolg oder Misserfolg zwei Seiten derselben Medaille. Für beides stehen wir ein.

Ich zolle dem unglücklichen Lokomotivführer des spanischen Zuges, der aufgrund zu hoher Geschwindigkeit entgleist ist und in Folge dessen viele unschuldige Menschen ihr Leben verloren haben, zumindest Respekt. Denn er hat anschließend sinngemäß gesagt: „Ich habe es verbockt. Das war mein Fehler.“ Bis ihn offenbar sei-



ne Anwälte zurückgepiffen haben. Weitere Beispiele für Personen, die öffentlich die Verantwortung für Fehlentscheidungen übernommen haben, sind mir außerhalb der Politik beim besten Willen nicht eingefallen. Wie erbärmlich hat sich dagegen der Kapitän der Costa Concordia verhalten, der ebenfalls die Verantwortung für den Tod vieler Menschen trägt, diese aber weit von sich weist? Wie haben die Manager bei Karstadt, Siemens oder ThyssenKrupp reagiert, als schwere Fehler begangen wurden? Was haben Lance Armstrong, Jan Ullrich oder pädophile Grüne getan, als ihre Verfehlungen ans Licht kamen? Alles gelehrt, was nicht ohnehin schon bewiesen war: Verantwortung für das eigene Handeln? Fehlanzeige! Im Falle der genannten Manager erhalten sie goldene Handschläge, während die Opfer ihrer Fehlentscheidungen die Zeche zahlen müssen. Welchen Respekt bringen wir gegenüber Managern auf, die nicht nur keine finanziellen Konsequenzen ihres Handelns tragen, sondern sich gegen jedes andere Risiko auch noch durch von der Firma bezahlte DNO-Versicherungen absichern?

Ich möchte vier Arten der Verantwortung unterscheiden, die für uns Familienunternehmer relevant sind:

1. PERSÖNLICHE VERANTWORTUNG FÜR SICH SELBST

Die erste Verantwortung, mit der wir es als Kinder zu tun bekommen, ist für unser Stofftier, unser Spielzeug, eventuell auch für kleinere Geschwister. Zum Üben sozusagen. Verantwortung für uns selbst zu übernehmen, wird mit zunehmendem Alter wichtiger. Im Kindergarten und in der Schule müssen wir uns behaupten, ohne den Schutz der Eltern. Wir beginnen, eigene Entscheidungen zu treffen, für deren Konsequenzen wir einstehen zu haben. Für Heranwachsende bedeutet die Verantwortung für sich selbst, sich für ein bestimmtes Maß an Leistung und Anpassung in das System zu entscheiden, das ihnen ermöglicht, sich als Erwachsene selbst zu versorgen oder einen anderen Weg zu gehen. Die Verantwortung für uns selbst ist elementar. Wenn wir selbst unseren Geist oder Körper durch unsere Lebensweise ruinieren, sind wir nicht in der Lage, Verantwortung für andere zu übernehmen. Im Flugzeug

Als Unternehmer alles wagen?

Zur Absicherung betrieblicher Risiken sollten Sie die Kompetenz der Allianz nutzen. Ich berate Sie gern. In allen Einzelheiten.



Christian Sellin

Generalvertretung der Allianz
Brodersweg 3
20148 Hamburg

christian.sellin@allianz.de
www.allianz-sellin.de

Tel. 0 40.44 65 32
Fax 0 40.41 35 61 88

heißt es aus gutem Grund: „Nehmen Sie erst sich selbst eine Sauerstoffmaske und helfen Sie dann anderen Mitreisenden.“ Denn wenn man selbst keine Luft mehr bekommt, kann man auch anderen nicht mehr helfen. Die Verantwortung für uns wahrzunehmen, bedeutet uns selbst zu schützen und für Körper und Geist zu sorgen. Sie ist die notwendige Grundlage, um Verantwortung für andere oder die Gesellschaft übernehmen zu können.

2. FAMILIENVERANTWORTUNG

Wenn wir eine Partnerschaft eingehen oder eine Familie gründen, ist dies automatisch auch mit Verantwortung für die Partner beziehungsweise alle Familienmitglieder verbunden. Wir schützen unsere Familien, wir sorgen für sie und wir kümmern uns um sie. Jeder nach seinen Kräften, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten. Damit werden wir unserer familiären Verantwortung gerecht. Sie beinhaltet auch, dass erwachsene Kinder irgendwann Verantwortung für ihre Eltern übernehmen, wenn die eigenen Kräfte nicht mehr ausreichen.

3. UNTERNEHMERISCHE VERANTWORTUNG

Als Familienunternehmer fühlen wir uns unseren Unternehmen ebenso verbunden wie unseren Familien. Beide sind oft eng

miteinander verwoben. Die unternehmerische Verantwortung ist meist noch komplexer als die familiäre, da sie sich auf eine Organisation erstreckt, die in der Regel größer als die eigene Familie ist und ein komplexes Konstrukt unterschiedlicher Bindungen zwischen Kunden, Lieferanten, Anteilseignern, Öffentlichkeit und Politik darstellt.

4. GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG

Die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung dient meist nicht primär dem eigenen Broterwerb. Mit der Leitung einer Pfadfindergruppe kann es in der Jugend beginnen. Der Eintritt in die Bundeswehr oder das Absolvieren eines Zivildienstes oder eines Sozialen Jahres bedeutet ebenfalls die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Wir Familienunternehmer engagieren uns auf ehrenamtlicher Basis in Verbänden, Vereinen, Kammern und gemeinnützigen Einrichtungen. Nur wenige von uns bringen sich aktiv in die Politik ein. Daher ist es wichtig, unsere Interessen über einen starken Verband vertreten zu lassen.

Auf allen vier Ebenen haben wir Verantwortung und bemühen uns nach Kräften, dieser gerecht zu werden. Was aber, wenn uns dies nicht gelingt? Verantwortung im Falle des Misserfolgs zu übernehmen,

bedeutet, die Konsequenzen höchst persönlich zu tragen und sie für andere möglichst gering ausfallen zu lassen. Wie ist vor dem Hintergrund dieser Analyse der tragische Freitod von Unternehmern, wie zum Beispiel Adolf Merckle, einzuordnen, die gewichtige Fehlentscheidungen getroffen haben? Zunächst könnte man annehmen, dass mit einer Selbsttötung in aller Deutlichkeit die Verantwortung für Fehlentscheidungen übernommen wird. Die Botschaft lautete: „Seht her, ich habe es verbockt und dafür bezahle ich mit meinem Leben.“ Ist das die höchste Form der Verantwortung? Ich glaube, nein. Ganz im Gegenteil. Sowohl die persönliche Verantwortung für sich selbst, als auch für die Familie, das Unternehmen und für die Gesellschaft kann durch einen Freitod nicht mehr wahrgenommen werden. Denn die Konsequenzen der vorangegangenen falschen Entscheidungen haben dann andere zu tragen. Wer sich durch Selbsttötung aus der Verantwortung nimmt, kann nicht mehr dazu beitragen, die Konsequenzen für andere Betroffene zu mildern und seinen Teil zur Wiedergutmachung zu leisten. Selbstmorde als Konsequenz unternehmerischer Fehlentscheidungen basieren folglich auf einem irrigen Verständnis von Verantwortung. Wer tot ist, kann nicht mehr beschützen, sich nicht mehr kümmern oder für andere sorgen.

KAFFEEGESCHICHTEN

DRACHENKAFFEE VON DEN GALAPAGOSINSELN

Autor: Ullrich Marsau

Die Galapagosinseln, offiziell Archipiélago de Colón (Kolumbusarchipel), sind eine Inselansammlung im Pazifischen Ozean. Sie liegen am Äquator rund 1.000 Kilometer westlich der ecuadorianischen Küste und gehören zu Ecuador. Das spanische Wort „galápagos“, das unter anderem „Wulst-sattel“ bedeutet, bezieht sich auf den Schildkrötenpanzer der berühmten Galapagos Riesenschildkröten.

Charles Darwin beobachtete 1835 bei der ersten wissenschaftlichen Expedition auf dieser Inselgruppe, eine durch die geografische Isolation bedingte, einzigartige Tierwelt. Wie in einer Fantasiewelt muss es den Wissenschaftlern wohl vorgekommen sein, sich zwischen einer Vielzahl von drachenähnlichen Echsen und Riesenschildkröten wiederzufinden. Darwins Beobachtungen verdanken wir seine spätere Evolutionstheorie, die auf dieser Reise begründet wurde. Trotz der Äquatornähe sorgen nährstoffreiche und kühle Tiefenwasser des Humboldtstroms für ein gemäßigt ozeanisches Klima. Bis heute ist die Inselgruppe ein Traumziel für Biologen aus aller Welt, die hier eine einzigartige Flora und Fauna vorfinden.

Des Kaffeeliebhabs besonderer Dank gilt jedoch Manuel J. Cobos, denn er pflanzte im Jahr 1879 zusammen mit französischen Agronomen zum ersten Mal Kaffee auf der Insel Chatham, dem heutigen San Cristobal. Hierbei handelte es sich um Arabica-Pflanzen der Varietät Bourbon, die zuvor aus französischen Kolonien eingeführt worden waren. Cobos konnte nicht ahnen, dass er durch seine Pflanzung etwas ganz besonderes schaffen würde. Das spezielle Klima der Galapagosinseln hat dazu beigetragen, dass

wir heute von den ältesten, noch Früchte tragenden Kaffeepflanzen ernten und genießen dürfen. Es sind in der Tat dieselben, vor rund 130 Jahren angepflanzten Kaffeebäume, die immer noch exzellente Kaffeebohnen produzieren und damit einen einsamen Weltrekord halten. Normalerweise geht man bei Kaffeesträuchern von einer maximalen Lebensdauer von 30 bis 40 Jahren aus, ehe der sparsame Plantagenbesitzer über eine Neuanpflanzung nachdenkt.

Die Flora und Fauna der Inseln gehören heute zum Weltkulturerbe der UNESCO und werden als Nationalpark geschützt. Etwa 97 Prozent der Fläche der Galapagosinseln und die sie umgebenden Gewässer stehen unter strengem Naturschutz. Die landwirtschaftliche und fischereiliche Nutzung sowie das Betreten der Inseln und das Befahren der Gewässer sind streng reglementiert und werden durch die Nationalparkverwaltung mit Sitz in Puerto Ayora kontrolliert.

Auf den Galapagosinseln werden heute zirka 6.000 Sack Kaffee á 60 Kilogramm erzeugt, die Hälfte davon stammt von der Insel San Cristobal. Die Kaffeebäume wachsen auf erdgeschichtlich relativ jungem, nährstoffreichem Vulkanboden und jeglicher Einsatz von Pestiziden, Fungizi-



den, Herbiziden und chemischen Düngemitteln ist gesetzlich verboten. Dieser Umstand erlaubt die Erzeugung von bestem Biokaffee. Galapagos-Kaffee gedeiht unter Schattenbäumen wie zum Beispiel Avocado-, Guaven-, oder Orangenbäumen. Gedüngt wird nur mit organischen Substanzen, die natürlicherweise anfallen.

Zweimal im Jahr werden die reifen Kaffeekirschen mit der Hand geerntet und später nass aufbereitet, das heißt die Bohnen werden vom Fruchtfleisch getrennt und gewaschen. Bei diesem Prozess wird streng auf hohe Wasserreinheit und Produktqualität geachtet.

All diese Umstände lassen uns einen Kaffee genießen, der von angenehm frischen Aromen, feinen Fruchtsäuren, leicht schokoladigen Noten seines vollen Körpers und einem langem Nachklang geprägt ist. Galapagos-Kaffee zählt zu den mittelkräftigen Gourmetkaffees und ist aufgrund seiner geringen Produktionsmenge meist nicht ganzjährig zu erwerben. Diesen Kaffee, den auch wir nicht alle Tage in der Tasse haben, kann man bei uns unter dem Namen „Drachenkaffee“ erwerben. Sein Genuss könnte ein kleiner Trost sein, wenn die zu erwartenden Strapazen einer Reise auf die Galapagosinseln als unüberwindlich angesehen werden.



Sanitätshaus Rosenau GmbH
 Orthopädie-Technik • Rollstühle • Reha-Artikel • Medizintechnik

Familienunternehmen seit 40 Jahren

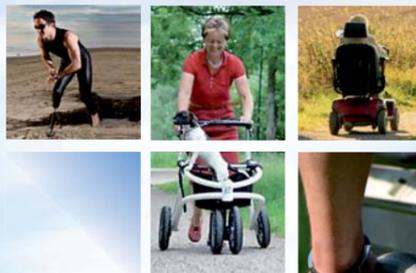


- Prothetik
- Orthetik
- Rehathechnik
- Rollstühle
- Elektromobile
- Medizintechnik
- Sanitätsfachhandel
- Pflegeartikel
- Kompressionstherapie
- Bandagen
- Schuhzurichtungen

- Hausbesuche
- Hilfsmittelvisiten
- Klinik- und Pflegeheimservice
- 24h Notdienst
- Schulungen
- Fußdruckmessung
- Ganganalysen
- Prothetisches Kompetenzzentrum
- Gehschule
- MS-Therapiemanagement



... Helfen ist unser Handwerk




Sie rufen ... wir springen

Tel.: 040-4689939-0 • Email: m.rosenau@san-rosenau.de • www.san-rosenau.de

22049 Hamburg Wandsbek
Ostpfeifenplatz 20

22111 Hamburg Horn
Horner Landstraße 200

24576 Bad Bramstedt (im Klinikum)
Oskar-Alexander-Straße 26

24568 Kaltenkirchen
Königstraße 1



FDP NACH DEM WAHLDEBAKEL

INTERVIEW MIT DER HAMBURGER FRAKTIONS-VORSITZENDEN KATJA SUDING ÜBER IHRE ROLLE BEIM WIEDERAUFBAU DER LIBERALEN UND DIE ZUKUNFT IHRER PARTEI

„DEUTSCHLAND HAT EIN GROSSES LIBERALES POTENTIAL“

FH: Die FDP hatte bisher als Partei die längste Regierungsbeteiligung. Jetzt hat sie sich erstmalig seit Bestehen der Bundesrepublik selbst unter ferner liefen eingeordnet. Es gibt nur noch Parteien links von der Mitte. Braucht Deutschland in der Mitte keinen Liberalismus mehr?

Katja Suding: Ich bin überzeugt davon, dass es ein großes liberales Potential in Deutschland gibt. Viele Menschen denken, handeln und fühlen liberal. Wir als FDP haben es allerdings nicht geschafft, diese Bürger anzusprechen und zu überzeugen. Unsere Aufgabe wird es jetzt sein, uns so aufzustellen, dass wir für die Liberalen im Lande wieder attraktiv sind.

FH: Die Hochzeiten der FDP mit glaubhaften Leitfiguren und Persönlichkeiten

wie Theodor Heuss, Erich Mende, Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher oder Otto Graf Lambsdorff sind Historie. Viele halten auch Sie für ein Zugpferd. Wollen Sie zusammen mit Wolfgang Kubicki und Christian Lindner zukünftig diese Lücke in Berlin füllen?

Suding: Wir werden für den Neustart der FDP ein gutes Team brauchen. Christian Lindner hat seine Kandidatur für den Bundesvorsitz erklärt und hat meine volle Unterstützung. Er ist jemand, der den Liberalismus wie kaum ein Zweiter erklären kann. Wolfgang Kubicki gehört zu unseren profiliertesten Politikern und ich bin froh, dass er seine Bereitschaft erklärt hat, am Wiederaufbau der Partei mitzuwirken. Auch ich bin bereit, zukünftig mehr Verantwortung zu übernehmen.

Zumal die Fraktionen in den Ländern, wir haben ja noch neun Landtagsfraktionen, jetzt sowieso eine andere Rolle spielen. Als Abgeordnete finden wir noch öffentliches Gehör und wir werden in die Lücke stoßen müssen, die die Bundestagsfraktion hinterlassen hat.

FH: Die FDP war über Generationen die Partei und politische Heimat der Handwerker und der mittelständischen Kleinbetriebe. Liest man heute Ihre Mitgliederliste, ist der hohe Anteil der Akademiker nicht mehr zu übersehen.

Suding: Die Wahlanalysen zeigen, dass wir bei allen Berufsgruppen verloren haben, auch bei Akademikern. Aber, liberale Ideen richten sich nicht an bestimmte Berufs- oder Altersgruppen. Wir müssen

Ihr stehen alle Türen offen: Katja Suding, Fraktionsvorsitzende der FDP in der Hamburgischen Bürgerschaft



auf alle liberal denkenden Menschen zugehen. Das sind Menschen, die für wirtschaftliche Vernunft, Bürgerrechte und gesellschaftliche Freiheiten stehen, die ihre eigenen Lebensentwürfe verwirklichen wollen, und das ist völlig unabhängig von irgendeinem gesellschaftlichen Status.

DER LIBERALISMUS MUSS SICH EINER VERÄNDERTEN LEBENSREALITÄT ANPASSEN

FH: Die FDP steht sichtlich am Scheideweg zwischen Linksliberalismus und Neoliberalismus. Welchen Weg müssen die Liberalen einschlagen, um wieder in den Deutschen Bundestag einzuziehen?

Suding: Ich glaube nicht, dass wir hier am Scheideweg stehen. Wir brauchen auch keinen Bindestrich-Liberalismus. Uns geht es um wirtschaftliche Vernunft, die Besinnung auf Bürger- und Freiheitsrechte, Bildung, Chancengerechtigkeit und die Verwirklichung individueller Lebensentwürfe. Mir geht es nicht um Linksliberalismus oder Neoliberalismus. Für mich gibt es nur einen umfassenden Liberalismus und den müssen wir auch wieder leben. Wir haben auf unserem Parteitag viel analysiert, diskutiert und Fehler benannt. Aber diese Phase ist jetzt vorbei. Wir schauen auf die Herausforderungen, die in den kommenden beiden Jahren vor uns liegen. Wir werden als Hamburger FDP unserer Rolle als Großstadt-Partei gerechter werden als bisher.

FH: Müssen sich liberale Ideen an ein neues Zeitalter anpassen?

Suding: Der Liberalismus an sich kennt ja keine absoluten Wahrheiten. Wir stellen uns dem gesellschaftlichen Wandel und müssen natürlich auch Konzepte und Überlegungen hinterfragen. Beispiele gibt es reichlich. Als die Bürger beim Thema Volkszählung in den achtziger Jahren auf die Straße gingen, gab es eine ganz andere Sensibilität bezüglich der Preisgabe von persönlichen Daten als es heute im Zeitalter von Social Media der Fall ist. Für uns Liberale stellt sich die Frage, wie wir es schaffen, die Menschen wieder stärker für ihre Bürgerrechte zu sensibilisieren. Mit den

gleichen Antworten wie vor Jahrzehnten kommen wir da nicht weiter. Ein anderes Beispiel ist das Ehegatten-Splitting. Das mag richtig gewesen sein, als in der klassischen Familie Mann und Frau geheiratet haben und dann Kinder kamen. Heute wächst aber ein Großteil der Kinder entweder bei Eltern auf, die gar nicht verheiratet sind, oder bei Eltern, die getrennt oder geschieden sind. Aber auch das sind Familien, die von staatlicher Unterstützung profitieren sollten. Klar ist, Liberalismus muss sich einer veränderten Lebensrealität anpassen.

FH: Stichwort Einkommens- und Unternehmenssteuerrecht. Wie stellt sich die FDP hier eine Reform vor?

KATJA SUDING, GEB. SURMANN

Geboren am 30. Dezember 1975 in Vechta.

1996 Studium der Kommunikations- und Politikwissenschaft und Romanistik an der Universität Münster; **2003** abgeschlossen. **1999** nach Hamburg gekommen. In Hamburg im Bereich Marketing und PR bei der music-licence.com AG beschäftigt (Firma erloschen), danach Leiterin Verkaufsförderung bei der Otto Office GmbH. **Seit 2004** als PR- und Kommunikationsberaterin selbstständig.

2006 in die FDP eingetreten, 2007 Vorstandsmitglied im FDP-Kreisverband Blankenese.

2007 bis 2009 ehrenamtliche Chefredakteurin beim Hamburger FDP-Mitgliedermagazin „Große Freiheit“.

2011 Mitglied im Präsidium der FDP Hamburg.

2008 bis 2011 Beisitzerin im Landesvorstand Hamburg und Fachsprecherin des Landesverbandes für Haushalt und Finanzen.

2009 bei der Bundestagswahl im Bundestagswahlkreis Altona angetreten, verpasste jedoch mit 8,2 Prozent und Platz 6 der Landesliste den Einzug in den Deutschen Bundestag.

2011 bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg Spitzenkandidatin der FDP. Mit 6,7 Prozent erhielt die FDP ihr bestes Wahlergebnis seit 37 Jahren.

2011 Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft und Vorsitzende der FDP-Fraktion, Niederlegung ihrer Tätigkeit als Account Director bei Edelman Hamburg. Mitglied des Bundesvorstandes der FDP in Berlin.

Katja Suding lebt getrennt von ihrem Ehemann Christian und ihren beiden Söhnen.

Suding: Bei der Einkommensteuer fehlt neben einer generellen Vereinfachung auch ein Angebot der Pauschalierung. Das Wichtigste ist jedoch die Abmilderung der kalten Progression. Sie belastet kleine und mittlere Einkommen massiv und selbst moderate Lohnzuwächse werden durch die Progression im Tarif wieder aufgezehrt. Das darf nicht sein. Es bedarf hier einer automatischen Anpassung, so dass sich der Staat eben nicht durch die Inflation auf Kosten der Bürger bereichert. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Beim Thema Unternehmenssteuerrecht ist es eines unserer Ziele, kleinen und mittleren GmbHs die Möglichkeit zu geben, wie Personengesellschaften besteuert zu werden, also deutlich einfacher und transparenter. Ein weiterer Punkt ist, dass wir auch bei der Unternehmensbesteuerung darauf achten müssen, dass diese rechtsformneutral ist. Darüber hinaus ist es mir wichtig, dass wir zu einer Vereinfachung des Systems kommen und zwar ohne Mehrbelastung.

DIE FDP IST EINE DURCHWEG PRO-EUROPÄISCHE PARTEI

FH: Stichwort Mindestlohn-Debatte. Warum ist die FDP hier eingebrochen?

Suding: Es gilt nach wie vor, dass die FDP einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ablehnt, daran hat sich nichts geändert. Die schwarz-gelbe Koalition hat in den letzten vier Jahren in einigen Branchen sogenannte Lohnuntergrenzen beschlossen. Bestehende Tarifverträge wurden für allgemeinverbindlich erklärt, das halte ich auch für richtig. Ich glaube nicht, dass die Politik es hinnehmen kann, dass Menschen mit einem Vollzeitjob nicht von ihrer Arbeit leben können. Deshalb halte ich das Instrument, Tariflöhne unter bestimmten Bedingungen für allgemeinverbindlich zu erklären, für richtig und genau das ist auch die Beschlusslage meiner Partei.

FH: Wie gehen Sie innerparteilich mit Stimmen um, die einen eurokritischen Ton anschlagen?

Suding: Die FDP ist, um es ganz klar zu sagen, eine durchweg pro-europäische Partei. Ich kenne auch niemanden, der in der FDP eine andere Haltung vertritt. Was die Euro-Rettungsdebatte angeht, hat die FDP, anders als alle anderen Parteien, eine sehr intensive Diskussion geführt. Als einzige Partei haben wir dazu einen Mitgliederentscheid durchgeführt und uns auf einen Kurs festgelegt, der am Ende zur Unterstützung des ESM geführt hat. Ich stehe zu diesem Beschluss. Uns ist sicher nicht umfassend gelungen, zu erklären, warum es für uns Deutsche wichtig und richtig ist, schwächere Länder zu unterstützen und uns damit von Positionen, wie sie die AfD vertreten hat, abzugrenzen. Aber noch einmal: Wir sind eine pro-europäische Partei.

FH: Die FDP kann im Moment ihren potentiellen Führungsmitgliedern auf Bundesebene keine Karriere bieten. Erwarten Sie einen „Brain Drain“? Wie halten Sie ihre Leute?

Suding: Das ist sicherlich nicht ganz einfach. Auf der anderen Seite ist das auch eine Chance, weil gerade jetzt viele neue Leute hinzukommen. Wir sind motiviert und arbeiten weiter. Wir hier in Hamburg kennen diese Situation sehr gut. Bevor wir 2011 wieder ins Parlament gekommen sind, waren wir sieben Jahre lang außerparlamentarisch und haben es geschafft, diesen doch recht langen Zeitraum gut zu überbrücken. Es ist jetzt wichtig, die Motivation aller zu nutzen und in kreative und produktive Bahnen zu lenken.

FH: Der Nichteinzug in den Bundestag reißt der FDP finanzielle Lücken. Für Lobbyisten und Sponsoren sind Sie nur noch zweite Liga. Wie akquirieren Sie jetzt größere Spenden?

Suding: Die FDP ist keine Partei, die sich bisher durch Lobbyisten finanziert hat. Wir haben immer schon weniger Spenden erhalten als die großen Parteien CDU und SPD. Es wird sicherlich eher schwerer als leichter, neue Spender zu gewinnen. Das heißt für uns: Wir müssen unsere Netzwerke pflegen. Und wir werden mit Einschnitten zurechtkommen und auf kleinerem Fuß leben müssen. So wird sich die Bundesgeschäftsstelle personell erheblich verkleinern.

FH: Bei der letzten Bürgerschaftswahl haben Sie die FDP locker über die Fünf-Prozent-Hürde geführt. Was hat die Hamburger FDP richtig gemacht, was im Bund versäumt wurde?

Suding: Man kann beide Wahlen überhaupt nicht miteinander vergleichen. Wahlen im Bund und in den Ländern funktionieren unterschiedlich. Zudem kamen wir bei der letzten Bundestagswahl aus einer Regierungskoalition, hier in Hamburg waren wir vorher außerparlamentarische Opposition. Es war in Hamburg sicherlich richtig, mit einem frischen, neuen Team auf die richtigen Themen zu setzen und uns auf unsere Kernthemen Wirtschaft, Bildung, Familie und Haushalt zu konzentrieren. Das waren Themen, mit denen wir die Menschen angesprochen haben.

DER LANDESVERBAND HAMBURG WIRD SICH IN ZUKUNFT AUCH AUF BUNDESEBENE EINMISCHEN

FH: Die FDP steht programmatisch vor einer Neuordnung ihrer Führungsstrukturen. Welche Rolle könnte der Landesverband Hamburg zukünftig auf Bundesebene einnehmen?

Suding: Die Landesverbände und vor allem die Fraktionen in den Ländern werden eine noch wichtigere Rolle spielen. Der Hamburger Landesverband wird sich auch in Zukunft auf Bundesebene einmischen und sich aktiv in die programmatische Diskussion einbringen. Als Großstadt-FDP können wir wichtige Impulse geben, den wir stehen vor anderen Herausforderungen als die Flächenländer. Das muss sich in unseren Antworten, zum Beispiel auf gesellschaftliche Fragen wiederfinden. Dafür wird die Hamburger FDP sorgen und davon profitiert neben der Bundespartei auch mein Hamburger Landesverband.

ES WIRD ZEIT, DASS IN DER WIRTSCHAFTS-BEHÖRDE WIEDER LIBERALER WIND WEHT

FH: Sie führen im Rathaus die FDP-Fraktion. Womit kann die FDP als Oppositionspartei die derzeitige Alleinherrschaft der SPD in Hamburg unter Druck setzen?

Suding: Wir haben als Oppositionspartei die SPD im Bereich der Bildungspolitik bereits erheblich unter Druck gesetzt. Wir haben für mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen gesorgt und für mehr Transparenz bei den Schulinspektionen. Daran werden wir weiter arbeiten und den Senat antreiben. In der Haushaltspolitik ist der Senat weit hinter seinen eigenen Ansprüchen zurückgeblieben. Ein ambitionierter Sparkurs ist nicht erkennbar. Die FDP wird weiter darauf drängen, mit sinnvollen Sparmaßnahmen und weniger Personal an den richtigen Stellen Hamburg für die Zukunft fit zu machen. Senator Horch bietet uns in der Wirtschafts-, aber auch der Verkehrspolitik viele offene Flanken. Desaströse Baustellenkoordinierung, unsinnige Busbeschleunigungsprogramme und fehlende

Hafeninvestitionen sind nur einige Stichworte. Es wird Zeit, dass in der Wirtschaftsbehörde wieder liberaler Wind weht.

FH: Sie haben in der FDP eine Blitzkarriere hingelegt. Was ist Ihr eigenes parteipolitisches Ziel?

Suding: Die neun verbleibenden Landtagsfraktionen werden künftig mehr Verantwortung innerhalb der FDP übernehmen müssen. Als Hamburger Fraktionsvorsitzende bin ich dazu bereit. Klar ist aber: Ich kämpfe in erster Linie für ein noch besseres Ergebnis bei den Wahlen 2015 und eine noch stärkere FDP-Fraktion in der nächsten Bürgerschaft. Möglichen Gesprächen zu einer Regierungsbildung werden wir uns sicherlich nicht verschließen. Wir können in Hamburg das Signal setzen, dass die FDP mit einem klaren Kurs und einem guten Team Erfolge erzielen kann.

RESITRIX®
DACHDICHTUNGSBAHNEN

Hamburgs Dächer –
Ein Leben lang dicht

Made in Hamburg

CARLISLE
CM EUROPE

CARLISLE® Construction Materials GmbH
Tel. +49 (0)40 788 933 200
Fax +49 (0)40 788 933 201
E-Mail: info@ccm-europe.com
WWW.RESITRIX.COM

FH: Wie stehen Sie zu dem Seilbahn-Projekt über die Elbe?

Suding: Die Seilbahn kann sich mit einem sensationellen Blick über die Stadt, den Hafen und die Elbe zu einem touristischen Highlight entwickeln. Zusätzlich kann sie auch den ÖPNV leicht entlasten. Der größte Bedenkensträger ist der Wirtschaftssenator, der zu allem Überfluss auch noch für Tourismus zuständig ist. Er lehnt die vorliegenden Konzepte und Routen ab, ohne einen alternativen Vorschlag vorzulegen. Wir haben deshalb den Senator aufgefordert, eine alternative Routenführung vorzuschlagen. Darauf warten wir allerdings bis heute. Kurz gesagt: Ich glaube, dass das Projekt für Hamburg ein wirklicher Gewinn wäre. Wir möchten die Seilbahn.

FH: Was wünschen Sie sich für Hamburgs Zukunft?

Suding: Ich wünsche mir, dass Hamburg eine so tolerante und weltoffene Stadt bleibt, wie sie es jetzt ist. Was die Regie-

rung Hamburgs angeht, würde ich mir wünschen, dass mit mehr Visionen und einem schärferen Blick in die Zukunft regiert wird. Im Prinzip wird die Stadt derzeit nur verwaltet.

FH: Welchen Rat geben Sie jungen Hamburger Unternehmern?

Suding: Es ist wichtig, nach vorne zu schauen und mutig zu sein. Es ist nicht schlimm, auch mal ein Risiko einzugehen und eine Niederlage einstecken zu müssen. Gerade junge Unternehmer sollten ihr Ziel im Auge behalten und es auch gegen Widerstände verfolgen.

FH: Man sagt über Sie, Sie hätten unglaublich viel Energie. Was treibt Sie an?

Suding: Ich bin Liberale durch und durch und habe jetzt hier in der Bürgerschaft die Möglichkeiten, mit meinen Fraktionskollegen liberale Ideen und Konzepte umzusetzen. Eine liberale Stadt wie Hamburg braucht aus meiner Sicht die FDP in der Bürgerschaft und ich möchte zusam-

men mit meinen acht Abgeordnetenkollegen dafür sorgen, dass es auch so bleibt. Das ist Motivation genug.

FH: Sie haben eine leitende Position als Account Director bei Edelman Deutschland. Darüber hinaus haben Sie viele repräsentative und politische Termine, leben getrennt von Mann und Kindern. Haben Sie noch Zeit für sich und fehlt Ihnen die Familie?

Suding: Seitdem ich Fraktionsvorsitzende bin, bin ich nicht mehr bei Edelman tätig. Dafür fehlt leider die Zeit. Aber dennoch ist die Frage berechtigt, denn der Job als Vorsitzende einer Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft ist alles andere als ein Nebenjob. Viele Termine sind in den Abendstunden oder am Wochenende und deswegen ist es schon so, dass ich meine Kinder sicherlich nicht so häufig sehe wie vielleicht andere Mütter und Väter. Aber ich plane trotzdem so viel Zeit mit meinen Kindern ein wie möglich. Die Zeit, die ich mit ihnen verbringe, ist sehr intensiv.

FH: Was wollten Sie schon immer mal tun, haben sich aber nie getraut?

Suding: Eigentlich habe ich eine ganze Menge von dem, was ich mal tun wollte, umgesetzt. Vieles hat auch funktioniert, einiges nicht. Das lag aber eher daran, dass ich nicht die Gelegenheit hatte, aber an Mut hat es nicht gemangelt.

FH: Schenken Sie uns zum Abschluss noch eine Lebensweisheit.

Suding: „Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen“, von Antoine de Saint-Exupéry. Schön, oder?

Das Interview führte Wilfried H. H. Remmers.

GLOSSE

OBAMAS LISTE – VON ZWERGMKANINCHEN UND SCHILLERS GLOCKE

Autor: Wilfried H. H. Remmers

Wir machen uns Gedanken über eine US-amerikanische Liste von Mobiltelefonnummern, die erst noch ihren Besitzern zugeordnet werden müssen. Über die Rückwärtssuche entsprechend guter Softwareanbieter ist das kein Problem. Bis eben auf die Nummern, die so nicht identifiziert werden können. Der Telefonprovider gibt in diesen Fällen schnelle Nachhilfe. Allerdings wird von wenigen, besonders nachdenklichen Menschen die Frage aufgeworfen, ob es diese Liste nur imaginär, also nur scheinbar gibt, oder tatsächlich vorhanden ist. Alle reden von dieser Liste, veröffentlicht gesehen hat sie bis dato keiner.

Die National Security Agency (NSA), der größte Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten, soll sie angelegt haben. Haben die Agenten der NSA Telefonate mit diesen Nummern auch abgehört? Das wenige, was wir, das Volk, hören sind Gerüchte und nicht bewiesene Hypothesen. Man fragt sich: „Dürfen die das?“ Andersherum ist nur zu hoffen, dass der BND mit seinen 6.500 Mitarbeitern in Pullach und Berlin „es“ genauso macht. Wie Du mir, so ich Dir.

Ziel aller Spekulationen, es bleibt einem ja sonst nichts, ist die amerikanische Botschaft zwischen Brandenburger Tor und Hotel Adlon. Vor allem die verkleidete Kiste auf dem Botschaftsdach ist fantasievolles Ziel der Unwissenden. Was ist da drin? Was kann das sein? Warum ist das da? Dürfen die das? Spekulationen bis in den Märchenbereich beschäftigen die Journalisten. Nicht weitersagen, sonst verderben wir Christin und Ben, den Kindern einer langjährigen Botschaftsangestellten, die Freude. Ausgekleidet mit Sägespänen und Stroh ist das der Stall für das

Zwergkaninchen und das Meerschweinchen der beiden. Gefahr erkannt, Gefahr gebannt!

Zurück zur imaginären Telefonnummernliste. Wichtig ist doch, wer nicht darauf steht. Ist die Person etwa unwichtig, uninteressant, belanglos langweilig oder redet unübersetzbares schwäbisch oder, noch schlimmer, plattdeutsch? Unser fast aller Bürgermeister Olaf Scholz und Wirtschaftssenator Frank Horch stehen nicht drauf, geben sie etwa nichts her? Auch wenn jemand den Charme eines Kleiderbügels oder aber Persönlichkeit und Kompetenz ausstrahlt, so sollte doch auch die anerkannte Leistung und Wertschätzung mit Erscheinen auf der geheimen Liste gewürdigt werden. Also bitte nachbessern!

In keiner unserer beiden, freundschaftlich gepriesenen Nationen ist die Demokratie auch

nur im Geringsten gefährdet. Selbst wenn „Mutti“ in Berlin, nur mal angedacht, mit ihrer Familie (Regierung) ausfällt, bleibt im Lande alles wie es morgen sein sollte. Unsere Demokratie ist wie Schillers Glocke: „Fest gemauert in der Erde.“ Wem nützt also diese Geheimdiensttheatralik? Wem soll sie schaden? Soll die Freundschaft beider Länder erschüttert werden? Oder soll die Regierung Obamas, US-landesintern gesteuert, zwecks schneller Ablösung den Bach runter gehen? Aus Letzterem wird wohl am ehesten ein Schuh.

Schluss mit dem geheimen Krieg der Geheimdienste. Schluss mit der Abhöraffaire. Obamas NSA-Liste – gibt es sie überhaupt? Und wenn doch, ist ein Abhören überhaupt belegbar? Wohl nur, wenn ein Zeuge mit befristetem Aufenthalt in der Heimat von Väterchen Frost aussagt – und es auch beweisen kann.

FRANK HOFFMANN

IMMOBILIEN



**Familienunternehmen
aus Überzeugung**

- Verkauf
- Vermietung
- Wohn-/
Gewerbe-/
Anlageimmobilien

**Kompetent
Modern
Nachhaltig**

Tel.: 04191 722 620 | www.frankhoffmann-immobilien.de

Frank Hoffmann Immobilien GmbH & Co. KG
Friedenstraße 7 | 24568 Kaltenkirchen | info@fh-immo.com

Events . Promotions . Incentives . Tagungen



**Gemeinsame Erfahrungen
bringen Marken und Menschen zusammen.
Wir sorgen dafür, dass es unvergesslich wird.**

www.events-4-brands.com

events4brands
Agentur für Live-Kommunikation



Fraktionsvorsitzender der CDU in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dietrich Wersich

BUNDESTAGSWAHL 2013

WAHLSIEG FÜR DIE UNION – BRINGT EINE GROSSE KOALITION AUCH GROSSE POLITIK?

Autor: Dietrich Wersich

Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Union haben die Bundestagswahl klar gewonnen. Jahrelang lag Rot-Grün in den Umfragen vorn, ein Ergebnis für die Union über 40 Prozent schien aussichtslos. Allein die Vorstellung, dass eine Volkspartei jemals in Deutschland wieder über 40 Prozent kommen würde, galt bei vielen als unwahrscheinlich. Doch Angela Merkel hat mit ihrer Politik die Stimmung in Deutschland gedreht. Insbesondere ihre Politik für Stabilität in Europa und für den Euro hat ihr ein Vertrauen eingebracht, das lange kein deutscher Politiker mehr hatte – sowohl in Deutschland als auch im Ausland.

Ein herausragendes Projekt der letzten Legislaturperiode ist die Energiewende. Nach der Fukushima-Katastrophe musste es einen Kurswechsel mit dem Ziel des Atomausstiegs geben. Auch wenn es Kritiker gab, ohne den Kurswechsel wäre die Stimmung in der Bevölkerung anders gewesen und die Bundestagswahl wahrscheinlich anders ausgefallen. Angesichts der Stimmungslage in der deutschen Bevölkerung wäre statt der jetzt laufenden Verhandlungen über eine Große Koalition ein rot-grünes Bündnis mit all seinen Schre-

cken, insbesondere für den Wirtschaftsstandort Deutschland, womöglich das Ergebnis gewesen.

Doch auch wenn Deutschland in Europa vergleichsweise vorbildlich dasteht, hat unser Land wichtige Probleme zu lösen. Deshalb war es erschreckend zu sehen, dass Teile der SPD und der Grünen ein Linksbündnis in Erwägung gezogen, aber gleichzeitig eine Koalition mit dem Wahlsieger, der Union, ausgeschlossen haben. Insbesondere bei der SPD gab es anfangs nur eine Haltung: Erst

die Partei, dann das Land. Dabei wurden die durchaus sehr erfolgreichen Ergebnisse der Großen Koalition in der Finanzkrise nicht gewürdigt, sondern sogar noch die Union für den Niedergang der SPD verantwortlich gemacht. Nein, der Verlust der SPD nach der Großen Koalition von 2005 bis 2009 ist noch auf die Agenda- und die Basta-Politik von Gerhard Schröder zurückzuführen, die weder innerparteilich noch bei den Anhängern der SPD wirklich verdaut war. Und dass sich die SPD nicht automatisch in der Opposition regenerieren wird, hat das ma-

gere Bundestagswahlergebnis 2013 auch gezeigt. Deshalb war und ist es ein langer Weg, insbesondere für die SPD, das Votum der deutschen Wähler anzuerkennen und mit diesem Ergebnis verantwortungsvoll umzugehen.

Wie gesagt, die Probleme, die in diesem Land gelöst werden müssen, sind groß. Deshalb bietet eine Große Koalition auch die Chance, hier grundlegende Fortschritte zu erzielen. Eine Garantie ist sie aber nicht, wenn sich Parteien gegenseitig belauern und den Erfolg nicht gönnen, kann die Folge sogar eine sehr kleingeistige Politik sein, die niemandem nützt. Deshalb ist dieses Bundestagswahlergebnis aus meiner Sicht ein klarer Auftrag an die Union und Bundeskanzlerin Merkel, die Richtlinien der Politik in Deutschland zu bestimmen. Die Bürger wollen keine Steuererhöhungen und keinen Veggie-Day. Deutschland braucht dringend mehr Geld für Investitionen, insbesondere in die Infrastruktur. Wir im Norden mit wichtigen europäischen Verkehrswegen, wir in Hamburg als Tor zur Welt, können ein Lied davon singen. Die Infrastruktur in Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten stark in Anspruch genommen worden. Diese Inanspruchnahme wird durch die immer weiter zunehmende Mobilität der Menschen weiter wachsen. Es ist zu wenig Geld investiert worden, das muss sich jetzt ändern. Mindestens drei bis vier Milliarden Euro zusätzlich sollte der Bund in Straßen, Wasserstraßen, Schienen und den Flugverkehr investieren. Die Energiewende muss rational gestaltet und der notwendige Ausbau der Leitungen zügig umgesetzt werden. Es muss einen nationalen Konsens geben, wer welche Funktion übernimmt. Die deutsche Energiepolitik muss in ein europäisches Gesamtkonzept eingebracht werden. Wer könnte das leisten, wenn nicht eine Große Koalition? Dringend reformbedürftig ist das Erneuerbare Energien Einspeisungsgesetz. Maßstab müssen hier mit der Sozialen Marktwirtschaft konforme Regularien sein, die die immensen finanziellen

Fehlsteuerungen beseitigen und Deutschland als attraktiven Industriestandort mit günstiger Energie erhalten.

Sowohl der Länderfinanzausgleich als auch die Folgeregelungen zum Solidaritätszuschlag müssen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund und Ländern geklärt werden. Unser Bildungs- und Hochschulsystem braucht eine Exzellenz, die sich im internationalen Maßstab messen lassen kann. Und Deutschland darf seine Rolle als Stabilitätsanker in Europa mit einer stabilitätsorientierten Geldpolitik, mit dem Abbau der Staatsverschuldung nicht verlieren. Das sind alles wichtige Politikfelder, die eine Große Koalition bewegen kann – wenn sie es denn will.

UND WAS BEDEUTET DAS FÜR HAMBURG?

In Hamburg haben die Wähler einmal mehr ihre Offenheit gezeigt: Nachdem die CDU 2011 – weitgehend selbstverschuldet – schmerzhaft abgestraft wurde und die SPD mehr als doppelt so viele Stimmen bei der Bürgerschaftswahl erhielt, lagen wir bei der Bundestagswahl wieder auf Augenhöhe. Das macht Mut, denn die Hamburger wollen nicht, dass die Stadt wieder vom SPD-Filz lahmgelegt wird. Es liegt nun an uns, mit überzeugenden Köpfen sowie zukunftsweisenden Ideen und Konzepten den Hamburgerinnen und Hamburgern ein Angebot zu machen, das an die Erfolge der Regierung von Ole von Beust anknüpft. Mit dem Konzept „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ haben wir den Beweis angetreten, dass das Gerede von der „Unregierbarkeit der Städte“ Unsinn ist, sondern dass eine konsequente Politik, die die Chancen und Risiken einer Stadt erkennt und gestaltet, Hamburg aus dem Dornröschenschlaf erweckt und zu einer „Boomtown“ in Europa gemacht hat. Deshalb erfüllt mich das Bundestagswahlergebnis mit Zuversicht: Auch Hamburg will und braucht wieder eine engagierte CDU.



Russland verstehen

Schlüsselqualifizierung für das erfolgreiche Russlandgeschäft

Freitag, 07.02.2014 | 09.00 – 18.00 Uhr

Interaktives Seminar zur Business-Kommunikation in Russland

- **Was ist Russland heute**
Ehemalige Sowjetunion, Russische Föderation, kulturelle Orientierung
- **Das gegenseitige Bild**
Wie nimmt Russland den Westen wahr?
Wie nimmt der Westen Russland wahr?
- **Mit Russen kommunizieren**
Herausforderung indirekte Kommunikation, Hierarchien und Entscheidungsprozesse
- **Russischer Alltag**
Geschlechterrollen, Bedeutung von Gastgeschenken, formale Distanzen

Ort: Hamburg
Anmeldung erforderlich

Damit Verständigung gelingt.

Fix International Services
GmbH & Co. KG
Oberbaumbrücke 1
20457 Hamburg

Tel: +49 40 325525-24
Fax: +49 40 325525-20
E-Mail: mail@fix-services.com
www.fix-services.com

Fix Sprachen

Fachübersetzung, Dolmetschen, Lektorat

Fix Beratung

Übersetzungs-Prozessoptimierung,
Personal- und Organisations-Entwicklung

Fix Interkulturell

Training, Coaching, Seminare



Modulare IT-Lösungen mit Leidenschaft und Präzision

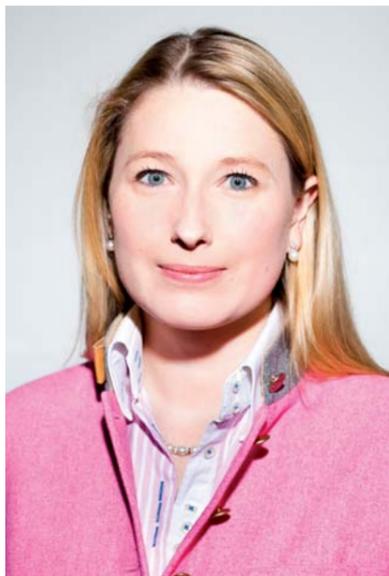
Wir sind Google Apps Authorized Reseller und Partner für technische Anforderungen in Ihrem Unternehmen.

intosystems

Erfahren Sie mehr:
intosystems.de



für **HAMBURG**



Bundesvorsitzende DIE JUNGEN UNTERNEHMER – BJU, Lenke Wischhusen

BUNDESTAGSWAHL 2013

DER GESPALTENE ARBEITSMARKT

Autor: Lenke Wischhusen

Ist in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit und der politischen Diskussion von der „Spaltung“ auf dem Arbeitsmarkt die Rede, dann wird häufig unterschieden zwischen jenen, die einer gutbezahlten und unbefristeten Vollzeit-tätigkeit nachgehen und jenen, die eine sogenannte „prekäre“ Beschäftigung ausüben. Das sind Menschen in unserem Land, die Teilzeit arbeiten, befristet beschäftigt sind oder aber als Zeitarbeiter ihr täglich Brot verdienen. Gern greift man durchaus existierende Negativbeispiele auf, um diese flexiblen Beschäftigungsverhältnisse insgesamt zu skandalisieren und den Unternehmen in unserem Land flächendeckendes Lohndumping zu unterstellen.

Statistiken und Zahlen werden dabei schlicht ignoriert. Dass die Zahl der Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverhältnissen seit Jahren stabil ist, interessiert nicht. Dass Zeitarbeiter in Deutschland nur zwei Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen, ist auch egal. Auch dass die Anzahl derjenigen, die per Werkvertrag eingesetzt werden gar nicht genau bekannt ist. Werkverträge werden in den Unternehmen nicht unter den Personalkosten, sondern unter Sachkosten abgerechnet, was eine Erfassung schwierig macht. Trotzdem hat es sich die Politik zur Aufgabe gemacht, mehr „soziale Gerechtigkeit“ herstellen zu müssen: Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse aller Deutschen müssen angeglichen und „gute Arbeit“ geschaffen werden. Mögen sich die einzelnen Instrumente dafür je nach parteipolitischer Färbung unterscheiden, so ist die grobe Stoßrichtung doch klar: Es muss mehr umverteilt werden!

Was sich dabei im Wahlkampf bereits angedeutet hat, wird nun mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD Gewissheit. Der Arbeitsmarkt soll wieder stärker reguliert und an die Leine des Staates gelegt werden. Schon liegen Vorschläge auf dem Tisch, wonach künftig im Parlament

entschieden werden soll, was der Unternehmer seinen Mitarbeitern zu zahlen hat. Die Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von flexibler Beschäftigung soll ausgeweitet werden. Bei der Zeitarbeit wird über „Equal Pay“ und Höchstüberlassungsdauern diskutiert. Die Befristungsmöglichkeiten bei Arbeitsverträgen werden zum Teil ganz abgeschafft. Man könnte meinen, damit wäre die heile (Arbeits-)Welt hergestellt und die Politiker hätten für mehr „Gerechtigkeit“ gesorgt. Bleibt nur die Frage: Für wen?

Tatsache ist, dass diese „Wohltaten“ jenen zu Gute kommen, die dann noch Arbeit haben. Teuer bezahlt wird das von jenen, die aufgrund der Strangulierung des Arbeitsmarktes ihren Job verlieren. DAS wäre aus meiner Sicht die wahre Spaltung des Arbeitsmarktes!

Man darf sich vor diesem Hintergrund getrost die Frage stellen, ob wir aus der Vergangenheit nichts gelernt haben. Es gab vor nicht allzu langer Zeit die Situation, in der unser Arbeitsmarkt stark verkrustet war: Eine Zeit, in der wir über fünf Millionen Arbeitslose in diesem Land beklagt haben. Unter großen Reformanstrengungen haben wir dieses „Tal der Tränen“ durchschritten und den Arbeitsmarkt fit gemacht. Dazu gehörten natürlich

auch die Implementierung des Niedriglohnssektors und die Ausweitung der flexiblen Beschäftigung. Diese Schritte waren nötig, um Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen wieder Brücken in Beschäftigung zu bauen. „Chancengerechtigkeit“ war für die Schwächsten der Gesellschaft fortan keine leere Worthülse mehr: Die Arbeitslosenzahl ist in den letzten Jahren signifikant gesunken.

Was nun passiert, ist der Rückfall in alte Verhaltensmuster: Wir tun den 50.000 Schulabrechern, den Menschen ohne Ausbildung und jenen, die aktuell ohne Beschäftigung sind, keinen Gefallen, wenn die Schranken auf den Arbeitsmarkt zu kommen, wieder höher gezogen werden. Für sie gäbe es künftig kein selbstbestimmtes Leben mehr; sondern dauerhaften Bezug staatlicher Leistungen.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes lässt sich nur aufheben, wenn wir es schaffen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen und den Arbeitsmarkt insgesamt durchlässiger zu machen. Menschen ohne oder mit geringer Qualifikation müssen stärker befähigt werden, in höher entlohnte Beschäftigung zu kommen. Das heißt: Es wäre sehr viel sinnvoller; vermehrt in Bildung und Qualifizierung zu investieren als arbeitsmarktpolitischen Zement anzurühren.

BUNDESTAGSWAHL 2013

WORAUF WIR UNS EINSTELLEN MÜSSEN – NACHGEDANKEN ZUM WAHLAUSGANG

Autor: Prof. Gerd Habermann

Das wichtigste Ergebnis der Bundestagswahl für freiheitlich und unternehmerisch Gesinnte: Gleichgültig, wie die neue Regierung aussieht, sie bedeutet weniger Freiheit, mehr Umverteilung, mehr Versorgungsstaat, mehr Regulierung und eine weitere Erosion der Vitalität und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Mag die substanzvernichtende Vermögenssteuer, mag die Sozialisierung der privaten Krankenversicherung vorläufig abgewendet sein, jeder der Kompromisse, die nun geschlossen werden, wird ein Kompromiss in Richtung weniger Freiheit und Eigentum sein. Die sogenannten bürgerlichen Parteien haben kein Freiheits- oder liberales Reformprogramm, das sie umsetzen möchten, sondern sind selber Teil des politischen Kartells, das die längst überlebten Strukturen unseres Versorgungs- und Schuldenstaates nicht nur aufrechterhält, sondern weiter ausbauen will.

Es wird keine echte Steuerreform geben, das demografisch zunehmend ausgehöhlt soziale Sicherungssystem wird keine Modernisierung, keinen Umbau erleben; der Arbeitsmarkt wird nicht liberalisiert – im Gegenteil, politische Lohndiktate sind so gut wie sicher.

Die versprochenen weiteren Umverteilungen im Rentensystem, in der Familienpolitik, in der Bildungspolitik werden durch zusätzliche Einnahmen, seien es auch weitere Schulden, finanziert werden müssen. Es fehlt jedes Korrektiv, das diese Entwicklung wenigstens verzögern könnte, denn die zuletzt programmatisch und personell wenig überzeugende FDP ist nicht mehr im Bundestag vertreten und die AfD, auch eine eher liberale oder liberal-konservative Partei, gar nicht erst hineingekommen. Es gibt nur ein einziges Korrektiv, das langfristig wirkt: die Logik der Dinge, die Erfolgsregeln der Ökonomie. Ein optimistischer

Kommentator schrieb kürzlich, man könne nicht mehr von einer „strukturell linken“ Einstellung der deutschen Bevölkerung sprechen und knüpfte daran hohe Erwartungen im Sinne einer echten geistigen Wende. Das wäre so, wie wenn man von der CDU/CSU von einer programmatisch echt bürgerlichen Partei sprechen würde. Indessen hat sie die Linken vielfach links überholt, ihnen sozusagen ihren Donner-Atomausstieg, Klimapolitik, flächendeckenden Ausbau von Familienersatzeinrichtungen, Frauenquoten, Gleichstellungspolitik, Mindestlohn, sogar die ja schon umgesetzte „Reichensteuer“ – gestohlen. In der Energieplanwirtschaft wird man vielleicht



Prof. Dr. Gerd Habermann war von 1994 bis 2010 Leiter des Unternehmerinstituts von DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU. Er ist Chef der Hayek-Institutionen und Professor in Potsdam.

eine fragwürdige Kostendämpfungspolitik erwarten dürfen, die nur an Symptomen ansetzt, in der Euro-Politik wird der Gang in die Schulden- und Transferunion verstärkt weitergehen – bis zu welchem Punkt eigentlich?

Ein Schweizer Ökonom bemerkte einmal: Das Heimtückische sogenannter schleicher Prozesse läge darin, dass die Normalbürger die Folgen erst in einem fortgeschrittenen Stadium wahrnehmen würden. Es scheint lange gerade noch zu gehen, bis am Schluss gar nichts mehr geht. Dann, erst dann schlägt die Stunde liberaler Reformer wie Margaret Thatcher, Ronald Reagan, Roger Douglas oder Ludwig Erhard. Demokratien können dann beweisen, dass sie nicht strukturell zum Niedergang konditioniert sind.

Was ist in der Lage zu tun? Die sich vielerorts schon regenden Abwehrdispositive wie DIE FAMILIENUNTERNEHMER stärken; sein Pulver trocken halten; Mut, Fassung und Übersicht nicht verlieren. Wo bleiben die „Schumpeter-Politiker“, die „schöpferischen Zerstörer“? Die Logik der Dinge wird sie hervorbringen, aber nicht ohne unser Zutun.

DIE SONNTAGSFRAGE

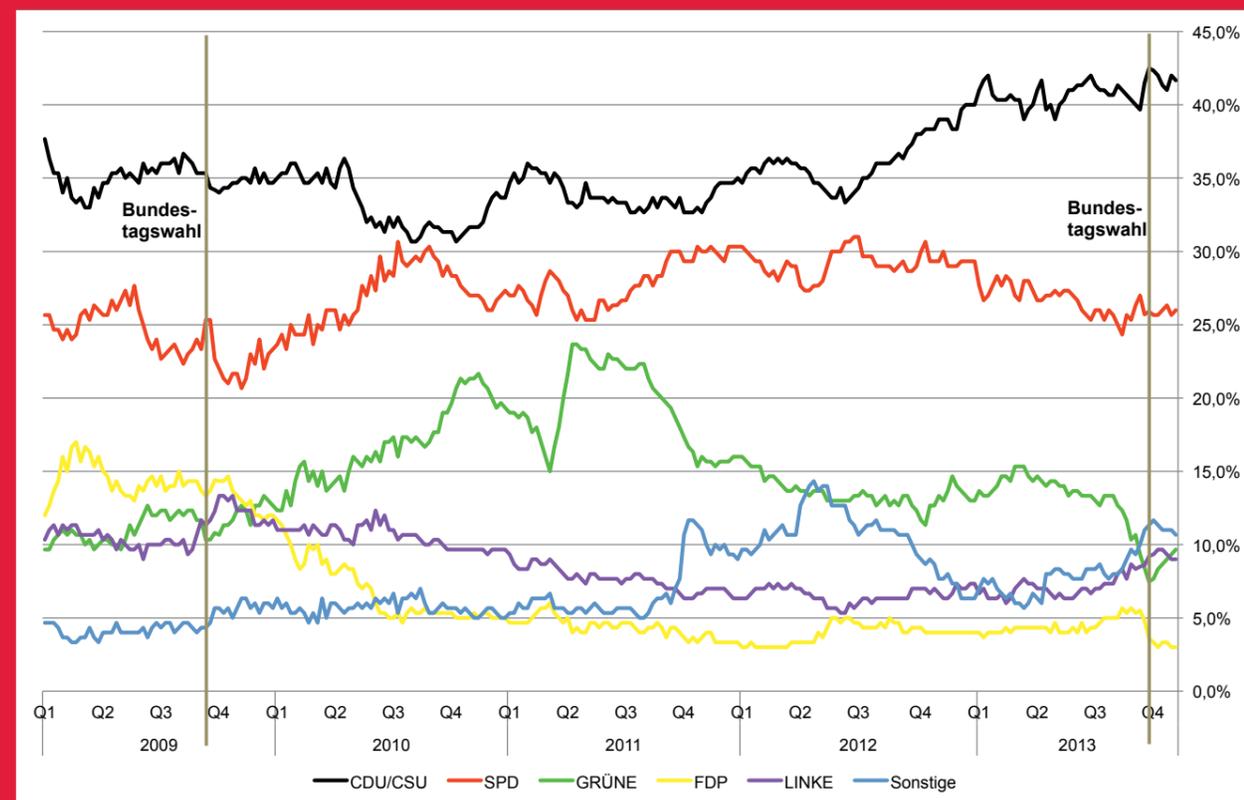
Autor: Jan Schmidt

Großer Verlierer der Bundestagswahl 2013 ist unbestritten die FDP. Die meisten Umfrageinstitute sahen sie direkt vor dem Wahltag noch oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Aber auch die Grünen und die SPD können mit Blick auf die Vormonate nicht zufrieden sein. Einziger „optischer“ Sieger sind die Unionsparteien, die jedoch nicht auf eine eigene Mehrheit kommen.

Die ersten Umfragen nach der Wahl verstetigen das Bild, das sich in der Abstimmung gezeigt hat. CDU und CSU, SPD und Die Linke verharren in etwa bei gleichem Stimmenanteil. Die FDP hätte bei einer Neuwahl derzeit mit rund drei Prozent Zustimmung keine Chance auf einen Wiedereinzug. Dies ist besonders bitter für die Liberalen, da sie Anfang 2009 noch bei Umfragen von rund 17 Prozent standen.

Klarer Gewinner der letzten Wochen sind Die Grünen, die im Oktober und November fast zwei Prozentpunkte zulegen konnten. Andererseits erreicht die Partei nicht einmal die Hälfte der Zustimmung, die sie nach Fukushima Mitte 2011 genoss. Die Piraten spielen mittlerweile in den Sonntagsfragen keine Rolle mehr. Ihre hohe Beliebtheit, die sie zwischen Ende 2011 und Mitte 2012 nach den Erfolgen

bei den Landtagswahlen erlangte, konnte die Partei nicht bis ins Wahljahr tragen (in der Grafik zu sehen unter „Sonstige“). Die AfD wird von den Forschungsinstituten zwar teilweise noch immer unter der Rubrik „Sonstige“ ausgewiesen, jedoch könnte es bei einer Neuwahl heute für die entscheidenden fünf Prozent reichen. Es bleibt abzuwarten, ob sie dieses Niveau bis zur Europawahl 2014 halten kann.



Als Datengrundlage dient der Durchschnitt der zu jedem Sonntag erhobenen Umfragen von Infratest Dimap, Forschungsgruppe Wahlen und Emnid.

NETZRÜCKKAUF

AUGEN AUF BEIM NETZRÜCKKAUF

VOLKSENTSCHEID SPALTET DIE STADT

Autor: Dietrich Wersich

Am Ende war es hauchdünn, aber eben wie im Fußball gilt: Knapp vorbei, ist auch daneben. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben mit einer sehr knappen Mehrheit für den irreführenden Volksentscheid zum Rückkauf der Energienetze gestimmt. Wir respektieren dieses Ergebnis, aber man muss auch feststellen, dass die Stadt gespalten ist. Der Volksentscheid zwingt uns nicht zum gesetzwidrigen Verhalten und auch nicht dazu, mehr auszugeben als die Netze wert sind. Deshalb heißt es aus unserer Sicht: „Augen auf beim Netzurückkauf“. Es gilt, Schaden von der Stadt abzuwenden.

Doch wie konnte es überhaupt dazu kommen? Die Union ist mit einer klaren Position angetreten: Strom wird durch den Rückkauf der Netze weder billiger noch ökologischer und demokratische Kontrolle heißt in der Sozialen Marktwirtschaft nicht Staatsbesitz, sondern wirksame Regeln und Gesetze. Die CDU hat gemeinsam mit einem großen Bündnis aus Kammern, Verbänden, Gewerkschaften vor dem Rückkauf der Netze gewarnt und den Hamburgerinnen und Hamburgern ein „Nein“ beim Volksentscheid am 22. September 2013 empfohlen. Über die Hälfte der Stadtteile hat mehrheitlich gegen den Volksentscheid gestimmt. Doch am Ende betrug der Vorsprung gut 20.000 Stimmen, dieser Überhang ist alleine in den rot-grünen Kernstadtteilen Eimsbüttels, Altona-Altstadt und Ottensen erzielt worden. Olaf Scholz hat den Volksentscheid bei seinen eigenen Anhängern verloren. Die SPD war in dieser Frage offenbar viel tiefer gespalten, als der Bürgermeister zugegeben hat. Trotz der klaren Haltung der CDU und vieler wichtiger Hamburger Institutionen sind offenbar viele SPD-Anhänger ihrem Bürgermeister nicht gefolgt. Hier hat sich gerächt, dass von SPD, Linken und Grünen jahrelang mehr Staat und staatlicher Einfluss propagiert worden war. Man kann die eigenen Anhänger dann nicht mal eben mit einer Werbekampagne vom Gegenteil überzeugen.

Was wir vor dem Volksentscheid gesagt haben, gilt für uns auch hinterher: Es ist für uns nach wie vor bedauerlich, dass das Verfassungsgericht unsere Klage zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit dieses Volksentscheids nicht zur Verhandlung in der Sache angenommen hat. Die Formulierung war nicht nur irreführend und unbestimmt, die als Ziele des Volksentscheids aufgebauten Wünsche nach sozialem Ausgleich, Ökologie und öffentlicher Kontrolle waren und sind damit nicht erfüllbar.

Erschreckend war für uns der Kurswechsel des Bürgermeisters. Hatte er noch in dem gemeinsamen Bündnis vorher betont, wie problematisch der Text des Volksentscheides und seine Umsetzung wäre, so wollte er am Tag danach davon nichts mehr wissen. Im Gegenteil:

Mit der Ansage, er werde sicherstellen, dass Hamburg mit seiner Bewerbung um die Netzkonzession am Ende auch gewinnen werde, hat er sich nicht nur von wirtschaftlicher Vernunft abgewandt, sondern sogar den Grundstein für berechtigte Zweifel an den staatlichen Konzessionsverfahren gelegt. Denn die gesetzlichen Vorgaben sehen eindeutig vor, dass es eine diskriminierungsfreie Ausschreibung geben muss. Am Ende erhält der beste Bewerber den Zuschlag. Pikant dabei ist die Doppelrolle des Staates. Auf der einen Seite ist die Stadt Mitbewerber, gleichzeitig entscheidet sie aber als Schiedsrichter den Wettbewerb. Wer glaubt einem Bürgermeister, der schon heute das Ergebnis verkündet, nämlich den Sieg der Stadt, obwohl weder eine eigene Bewerbung der Stadt vorliegt, noch bekannt ist, wer die Mitbewerber sein werden. Und das bevor der Wettbewerb überhaupt begonnen hat. Dies alles ist nur dadurch zu erklären, dass Olaf Scholz Angst vor den eigenen Wählern hat, die ihm in dieser Frage in den SPD-Hochburgen zumindest die gelbe Karte gezeigt haben. Das mag parteipolitisch verständlich sein, gut für Hamburg ist es aber nicht.

Das Ausschreibungsverfahren muss strikt nach den gesetzlichen Kriterien erfolgen. Der Beste soll gewinnen. Sehr problematisch kann es werden, wenn der Bürgermeister diesen Volksentscheid um jeden Preis umsetzen will: Schon mehrfach hat Olaf Scholz gezeigt, dass er bereit ist, politische Probleme mit viel Geld zu lösen. Ein überteuerter Kauf mag im Interesse der Verkäufer sein, im Interesse der Steuerzahler und damit der Stadt Hamburg ist er nicht. Und ein dritter Aspekt ist in der Umsetzung wichtig: die Versorgungssicherheit. Durch den Volksentscheid ist bereits jetzt eine ganz erhebliche Verunsicherung entstanden – nicht nur bei den Beschäftigten, sondern bei den Unternehmen der Energiewirtschaft selbst. Notwendige Investitionen und Erhaltungsmaßnahmen sind fraglich, ja sogar riskant geworden. Warum soll jemand noch investieren, wenn ihm sein Besitz abgenommen werden soll? Eine Gefährdung der Versorgungssicherheit hätte schon bei kleinsten Stromausfällen verheerende Auswirkungen auf energieintensive und hochtechnisierte Betriebe. Schon ein Sturm hat gezeigt, wie die Stadt ins Chaos gestürzt werden kann. Ein längerer

Stromausfall hätte unabsehbare Folgen für den Straßenverkehr und das gesamte öffentliche Leben. Auch deshalb können wir uns keine jahrelangen Hängepartien und Rechtsstreitigkeiten erlauben, schon gar nicht über Kabel und Leitungen in Hamburgs Untergrund.

Die Aufgaben der Energieversorgung – der Ausbau der regenerativen Energien, die Erforschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien – sind viel zu wichtig, als dass der Staat diese alleine stemmen kann. Auch die Ideologie im linken politischen Spektrum, dieses gegen die Industrie und die Unternehmen zu gestalten, ist schädlich. Eine so große Aufgabe, davon bin ich überzeugt, kann nur gemeinsam in einem Prozess des Wandels und Entwickelns mit den Unternehm-

men und den Beschäftigten erfolgen. Öffentliche Aufgaben bedürfen nicht automatisch auch der staatlichen Durchführung. Im Gegenteil, hier muss der Staat die Regeln bestimmen und deren Einhaltung wirksam kontrollieren und durchsetzen. Private Unternehmen können und sollen die Durchführung übernehmen. Das ist ein Wesenskern der Sozialen Marktwirtschaft, die unseren wirtschaftlichen Erfolg begründet hat. In diesem Sinne bin ich am Ende nicht traurig, wenn Hamburg in einem Wettbewerbsverfahren einem besseren Bewerber unterliegt. Dem Steuerzahler bliebe ein großes finanzielles Abenteuer erspart. Die Stadt könnte sich den wirklich wichtigen Aufgaben zuwenden: Straßen in Ordnung bringen, den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und für mehr Exzellenz an unseren Universitäten sorgen.

NETZRÜCKKAUF

IDEOLOGIE VOR WIRTSCHAFTLICHER VERNUNFT

VOLKSENTSCHEID ERWEIST HAMBURG KEINEN GUTEN DIENST

Autor: Dr. Björn Castan

Ob der Kauf der Hamburger Netze nach dem Volksentscheid tatsächlich gelingen wird, ist alles andere als sicher. Mehrere Gerichtsverfahren werden für einen unbestimmten Zeitraum viel personelle Energie und Geld kosten, um zu klären, ob und wie der Kauf umgesetzt werden kann. Währenddessen werden Investitionen in die Netze in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages nicht mehr getätigt. Denn wenn ein Eigentümer nicht weiß, wie es mit seinem Eigentum weitergeht, wird er bis zu einer Klärung nur noch das allernotwendigste an Reparaturen durchführen, aber nicht mehr investieren. Selbst dann, wenn der Kauf juristisch ermöglicht wird, ist es keineswegs selbstverständlich, dass die Stadt Hamburg auch die Lizenz zum Betrieb der Netze erhalten wird. Woher soll die Stadt kompetenteres Personal und ein besseres Konzept nehmen, als diejenigen, die unsere Netze seit vielen Jahren betreiben?

Welcher Kaufpreis auch immer am Ende ausgehandelt wird, eine sinnvolle Investition, die noch dazu durch neue Schulden finanziert werden muss, sieht anders aus. Energiepolitik kann über das Eigentum an den Netzen in einem streng regulierten Markt nicht betrieben werden. Die Volksinitiative hat der Stadt Hamburg keinen guten Dienst erwiesen. Hier wurde Ideologie über wirtschaftliche Vernunft gestellt.

Erfreulich ist, dass es mit dem Bündnis gegen den Netzurückkauf erstmalig gelungen ist, einen gemeinsamen Zusammenschluss der großen Parteien, der Kammern und der relevanten Wirtschaftsverbände in Hamburg zu schaffen, an dem sich auch DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEH-

MER beteiligt haben. Dieses Bündnis wird unter der Klammer der wirtschaftlichen Vernunft weiter bestehen und im Interesse unserer Stadt aktiv bleiben.

Für zukünftige Volksentscheide sollte gesetzlich sichergestellt werden, dass die Fragestellungen nicht tendenziös formuliert werden dürfen, wie es bei diesem Volksentscheid der Fall war. Wäre die Fragestellung neutral formuliert gewesen, bin ich überzeugt davon, dass das Ergebnis anders ausgefallen wäre. Für dieses Mal aber gilt die Entscheidung der Wähler so, wie sie getroffen wurde. DIE FAMILIENUNTERNEHMER akzeptieren das Votum natürlich. Die finanziellen und praktischen Auswirkungen erfüllen uns allerdings mit großer Sorge.

NETZRÜCKKAUF

DIE UMSETZUNG DES VOLKSENTSCHEIDS – EIN SCHWIERIGER WEG

Autor: Dr. Andreas Dressel

Hamburg ist gespalten. Und doch: Die Bürgerinnen und Bürger haben sich – nach kontroverser Debatte über die Risiken und Nebenwirkungen – mit äußerst knapper Mehrheit entschieden: Hamburg soll sich auf den Weg machen, die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze wieder in die öffentliche Hand zu nehmen. Wir als SPD-Fraktion haben uns immer für verbindliche Volksentscheide eingesetzt und deshalb ist es völlig klar, dass wir dieses Ergebnis jetzt auch politisch umsetzen – Mehrheit ist Mehrheit. Das Ergebnis zeigt aber auch, dass sich viele Hamburgerinnen und Hamburger kritisch mit den Rückkaufplänen auseinandergesetzt haben. Die Nein-Sager haben eine beeindruckende Aufholjagd von unter 20 Prozent in den Umfragen auf fast 50 Prozent im Volksentscheid hingelegt. Die Erfahrung, dass es gelungen ist, die kritischen Stimmen zum Volksentscheid in einem Bündnis zusammenzuführen, war positiv und wird sicher auch in Zukunft Schule machen. Als gute Demokraten respektieren wir gleichwohl das Ergebnis. Kurz nach einem knapp verlorenen Volksentscheid ist es deshalb auch nicht an der Zeit, über das Verfahren und die Regeln zu lamentieren. Wir sind gehalten, das knappe Ergebnis umzusetzen.



Fraktionsvorsitzender der SPD
in der Hamburgischen Bürgerschaft,
Dr. Andreas Dressel

Wie sieht der Fahrplan konkret aus? Mit unserem unmittelbar nach dem Volksentscheid in der Bürgerschaft beschlossenen Antrag haben wir dafür gesorgt, dass mit den Mehrheitseignern der drei Netzgesellschaften für Strom-, Gas und Fernwärme geklärt wird, ob und wie ein Zuerwerb der jeweils restlichen 74,9 Prozent möglich ist. Diese Gespräche werden aktuell geführt, deren Ausgang konnte Mitte November noch nicht prognostiziert werden. Soweit ein Zuerwerb nicht möglich sein sollte, werden wir kurzfristig vom Rückabwicklungsrecht für die 25,1 Prozent der Beteiligungen Gebrauch machen. Das ausgegebene Geld fließt dann wieder zurück an die Stadt. Zugleich werden wir zum Zwecke einer hundertprozentigen Rekommunalisierung der Energienetze – so lautet der Auftrag des Volksentscheids an den Senat – eine städtische Gesellschaft formieren. Wie diese Gesellschaft aussehen wird, wird zurzeit in den zuständigen Behörden mit Unterstützung externer Sachverständiger vorbereitet. Diese Gesellschaft wird sich an dem bevorstehenden Ausschreibungsverfahren für die Stromnetzkonzession beteiligen. Für das Gasnetz sowie die Fernwärme wurden ebenfalls bereits vorbereitende Schritte eingeleitet. Die Umweltbehörde wird das Konzessionsverfahren rechtlich korrekt durchführen, unter dem Dach der Finanzbehörde wird die städtische Bewerbung verantwortet. Wir wer-

den alle rechtlichen und politischen Spielräume ausschöpfen, um dem Votum des Volksentscheids auch in einem Konzessionsverfahren Rechnung zu tragen. Aber natürlich sind die Risiken, die wir vor dem Volksentscheid klar benannt haben, nicht auf einmal weggeblasen. Vor diesem Hintergrund sind konkrete Prognosen zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Auch die Frage, wie die Entwicklungen auf Bundesebene, Stichwort EEG, sich auf die Hamburger Energiewende-Politik auswirken werden, kann man erst beantworten, wenn konkrete Ergebnisse vorliegen.

Parallel werden wir in Hamburg dafür sorgen, dass eine angemessene parlamentarische Begleitung über die Sachstände und Fortschritte der komplexen Netze-Verfahren sichergestellt wird. In diesem Rahmen hat Ende Oktober bereits eine gemeinsame Sitzung des Umwelt- und Haushaltsausschusses stattgefunden, an der auch zwei Vertrauensleute der Volksinitiative, aber auch Vertreter der Gegenposition im Volksentscheid aus Wirtschaft und Gewerkschaften teilgenommen haben. Weitere, übrigens öffentliche Sitzungen, werden folgen. So sichern wir ein transparentes Verfahren. Das ist aufgrund der Komplexität und der nach wie vor bestehenden Risiken besonders wichtig. Ein schwieriger Weg liegt vor uns, aber das ist in einer Demokratie so! Wir alle werden unsere Lehren für zukünftige Volksentscheide ziehen.

STELLUNGNAHME DER BEHÖRDE FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR UND INNOVATION ZUR ZUKUNFT DES HAMBURGER HAFENS

Autor: Susanne Meinecke

Der Hamburger Hafen ist nicht nur der führende deutsche Logistikstandort, sondern auch eine der größten zusammenhängenden Industrie- und Wirtschaftsflächen in Deutschland und Nordeuropa. Diese Position birgt erhebliches wirtschaftliches Potential, sie stellt jedoch zugleich eine große Verantwortung dar. Deutschland verfügt über mehrere leistungsstarke Seehäfen, und das ist auch gut so. Denn unser Wohlstand hängt unmittelbar von einem florierenden Außenhandel ab, der ohne Seehäfen in dieser Form nicht möglich wäre. Die deutsche Volkswirtschaft hat sich so stark wie wenige andere Länder dem Weltmarkt geöffnet, und das mit großem Erfolg. Gerade die schwierige Lage, in der sich einige andere europäische Länder momentan befinden, führt sehr anschaulich vor Augen, wie wichtig es ist, sich der wirtschaftlichen Globalisierung offensiv zu stellen und an ihr teilzuhaben. Deutschland hat diese Herausforderung bisher sehr gut gemeistert und steht auch deswegen besser da als andere.

Von den Seehäfen profitiert nicht nur Norddeutschland, sondern das ganze Land. Sie sind zentrale und zugleich unverzichtbare Schnittstellen zum Weltmarkt. Es besteht somit nicht nur ein regionales, sondern ein mindestens ebenso großes nationales Interesse daran, dass die deutschen Seehäfen diese Funktion behalten und weiter ausbauen. Dieser Verantwortung ist sich Hamburg bewusst und hat in der Vergangenheit viel in den Hafen investiert, gerade in den Krisenzeiten der vergangenen Jahre.

Diese Strategie hat sich ausgezahlt, denn der Hamburger Hafen ist für die Zukunft gut aufgestellt. Der Seeverkehrsprognose des Bundes zufolge haben die deutschen Seehäfen weiterhin hervorragende Wachstumsaussichten. Das durchschnittliche Jahreswachstum bis 2030 liegt deutlich über dem Wachstum in den Jahren 2001 bis 2010. Hamburgs Containerumschlag soll trotz der aktuell schwierigen

weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen jährlich um rund 3,7 Prozent wachsen. Daher wird der Hafen auch künftig weiter optimiert und ausgebaut, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und ihn fit für die Zukunft zu machen.

Trotzdem kann man sich fragen, was machen wir mit den Flächen, die wir nicht sofort brauchen. Das Zauberwort heißt auch hier Wertschöpfung. Nach Meinung des Senats ist es richtig, nach innovativen Alternativen zu suchen. Ein Beispiel dafür sind die Planungen für ein drittes Kreuzfahrtterminal. Hamburg hat sich zu einem wichtigen Kreuzfahrtstandort in Nordeuropa entwickelt. Die Kreuzfahrt ist zu einem starken Wirtschaftszweig innerhalb des Hafens geworden und beflügelt den Tourismus in der Stadt. Um in Abstimmung mit den Reedereien die wachsende Nachfrage zu befriedigen, will Hamburg neben den beiden Terminals in der Hafencity und in Altona ein drittes Kreuzfahrt-

terminal errichten. Als neuer Standort erscheint der Kronprinz Kai in Steinwerder am besten geeignet. Hier können Kreuzfahrtschiffe der neuesten Generation an der bereits bestehenden Kaimauer abgefertigt werden.

DRITTES KREUZFAHRT-TERMINAL WIRD 2015 IN BETRIEB GENOMMEN

Die HPA ist beauftragt, das Projekt federführend zu verantworten und mit Hamburger Kreuzfahrtexperten sowie dem Flughafen Hamburg gemeinsam sowohl die künftige Organisation für die Kreuzfahrt, als auch den Neubau des dritten Kreuzfahrtterminals auf den Weg zu bringen. Ziel ist, die bisherigen Erfahrungen mit der Abfertigung von Passagieren zu bündeln und insbesondere die beim Flughafen erfolgreich erprobten Verfahren einzubringen. Die gesamte Erarbeitung geschieht in enger Abstimmung mit den Kreuzfahrtreedereien. Ziel ist, das dritte Kreuzfahrtterminal 2015 in Betrieb zu nehmen.

Letztlich muss es darum gehen, den Hafen zum Wohle der ganzen Stadt und der gesamten Metropolregion zu entwickeln. Dafür muss man innovativ sein, ohne Denkverbote. Für viele Menschen aus Hamburg und dem Umland ist er der Ort der tagtäglichen Arbeit. Die Wachstumsmöglichkeiten für den Hamburger Hafen müssen genutzt werden. Oberste Priorität ist es, die vielfältigen Arbeitsplätze im Hafen zu erhalten.

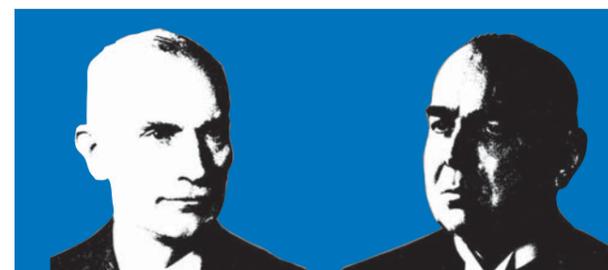
In diesem Zusammenhang muss auch der Bund seine Hausaufgaben erledigen. Ein besonderes Augenmerk muss auf der Verbesserung der Seehinterlandbindungen liegen. Für diese wichtigen Maßnahmen müssen ausreichende Finanzmittel bereitgestellt werden. Neben Investitionen in den klassischen Neubau und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist es sehr wichtig, dass wir die bestehende Infrastruktur besser nutzen. Hier ist Hamburg auf dem richtigen Weg. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, die den Verkehrsfluss optimieren und zu einer effizienteren Nutzung des Verkehrsnetzes führen. Im Hamburger Hafen haben wir dazu zum Beispiel telematische Steuerungssysteme eingeführt, die das Stauaufkommen verringern. In Zukunft werden wir verstärkt auf IT-Systeme setzen, die die Verkehrs- und Logistikströme weiter optimieren. Im Pilotprojekt „Smart Port Logistics“ haben wir eine übergreifende IT-Plattform geschaffen, die mit mobilen

Applikationen kombiniert wurde. Darüber hinaus werden zukünftig Verkehrsinformationen und Dienstleistungen rund um den Hafen mithilfe mobiler Endgeräte wie Tablet-PCs oder Smart-Phones abrufbar sein. Wir haben im Hafen bereits sehr frühzeitig auf moderne IT-Prozesse gesetzt. Mit einer solchen Plattform schaffen wir den nächsten Schritt für die Integration aller logistikrelevanten Daten und Angebote.

FÜR ENDE 2013 ANGEKÜNDIGTE ENTSCHEIDUNG DES GERICHTS ZUR FAHRRIENANPASSUNG VERSCHIEBT SICH

Im Zusammenhang mit dem Hafensstandort Hamburg stellt uns das Thema Elbvertiefung auf eine nie da gewesene Geduldprobe. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat zwar seit dem 17.

Oktober 2012 die Vollziehung der Fahrrienenanpassung von Unter- und Außenelbe ausgesetzt und uns jüngst wissen lassen, dass sich die für Ende 2013 angekündigte Entscheidung des Gerichts nun doch verschiebt. Der Planfeststellungsbeschluss zur Fahrrienenanpassung von Unter- und Außenelbe ist geprägt von außerordentlicher Komplexität und Sorgfalt. Und an dem Ausbaubedarf hat das Gericht bislang in beiden Verfahren keinerlei Zweifel gehegt. Den allenthalben strapazierten Sorgen wegen der korrekten Anwendung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind wir bei der Elbvertiefung dadurch entgegengetreten, dass wir einen entsprechenden Ergänzungsbeschluss gefasst und dem Bundesverwaltungsgericht zugeleitet haben. Wie das BVerwG in dieser Sache weiter vorgehen will, kann nur das Gericht selbst sagen. Die Verwaltungen haben jedenfalls alles unternommen, um die Elbvertiefung auch vor Gericht abzusichern.



Meißberg 1 · 20095 Hamburg
Telefon 040/30 96 98-0 · Fax 040/30 96 98-50
info@hagenundkruse.de · www.hagenundkruse.de

HAGEN & KRUSE

VERSICHERUNGSMAKLER SEIT 1901

Als unabhängiger Versicherungsmakler bieten wir unseren Kunden in allen privaten, beruflichen und betrieblichen Versicherungsfragen optimale Lösungen.

Seit über 100 Jahren konzentrieren wir uns auf die Geschäftsfelder

- Mittelständische Unternehmen und freie Berufe
- Sanitär-, Heizungs-, Klempner- und Bedachungsbetriebe
- Bürgschaften für das Bauhaupt- und Baunebengewerbe, Maschinen- und Anlagenbau
- Ärzte und Mediziner
- Privatkunden

für die wir – gemeinsam mit dem Versicherer – maßgeschneiderte Versicherungslösungen konzipieren.

Wir bieten individuelle Beratung und verfügen über umfangreiches Know-how bezüglich Vertragsgestaltung und Schadenabwicklung.



Ihre Ansprechpartner:

Jörg Will
Geschäftsführender Gesellschafter

Telefon 040/30 96 98-23
j.will@hagenundkruse.de

Jörg Enders
Geschäftsführender Gesellschafter

Telefon 040/30 96 98-17
j.enders@hagenundkruse.de

ATELIERGESPRÄCH MIT MICHAEL WESELY

„Ateliierge spräche“ ist die exklusive Serie in „für Hamburg“. Rene S. Spiegelberger sucht hierzu zeitgenössische Künstler an ihren Wirkungsstätten auf, spricht mit ihnen über ihr Werk und bietet Einblicke in exemplarische Schaffensphasen. Spiegelbergers gleichnamige Stiftung für junge Kunst hat es sich zur Aufgabe gemacht, junge Ausnahme-Künstler in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken. Zuletzt stellen wir Ihnen an dieser Stelle den deutschen Urban-Art-Star XOOOOX vor.

In der vorliegenden Ausgabe erhalten Sie einen Einblick in die Arbeit des in Berlin lebenden Fotografen Michael Wesely. Mit seinen Langzeitbelichtungen hat er unter anderem über drei Jahre den Umbau des Museum of Modern Art, kurz MoMA, in New York begleitet. Die Ausstellung anlässlich der Wiedereröffnung des Hauses zeigte seine Ergebnisse – Ein Ritterschlag für einen zeitgenössischen Künstler. Doch auch seine anderen Werkzyklen lohnen, einmal genauer hinzuschauen und seine experimentelle Arbeit zu hinterfragen.

„UNSCARFE BILDER KÖNNEN SEHR PRÄZISE SEIN“



FH: „Another pencil of nature – Portraits 1988–2013“ lautet der Titel Ihrer aktuellen Ausstellung in den musealen Räumlichkeiten der Nord LB Galerie in Hannover. Ein Vierteljahrhundert Porträtfotografie, was fesselt Sie an dem Thema, dass Sie hiervon nicht lassen wollen?

Michael Wesely: Was vielen Menschen nicht bekannt ist, ist die Tatsache, dass meine Forschung in der Fotografie 1988 mit Porträts begann. Es ging damals um die Unterwanderung des ‚entscheidenden Augenblicks‘. Eine Mischung aus Reflektion über das Medium selbst und die Abkehr von der Repräsentation als einzig mögliche Art, sich im Medium der Fotografie auszudrücken. In den letzten Jahren kamen viele weitere Aspekte und Ebenen der Reflektion hinzu, die damals nicht in dem Maße sichtbar waren, oder es existierten noch keine Werkzeuge, diese sichtbar zu machen. Man denke an die Lehmann-Brothers-Pleite, WikiLeaks, den NSA-Skandal – Ereignisse, die uns allen die Verletzlichkeit und Zerbrechlichkeit unserer Existenz vor Augen geführt haben. Gerade diese Zerbrechlichkeit wird vielleicht am stärksten in der Bewegung der

Mariano Marcondes Ferraz
(20.47 – 20.52 Uhr, 22.8.2013)



2005
Allianz Arena,
München
(19.2.2003 –
28.5.2005)

Menschen vor meiner Kamera sichtbar, die Instabilität des Menschen im Zeitfluss. Der Titel der Ausstellung ist im Dialog mit William Fox Talbot zu sehen, der 1844 das erste so bezeichnete Fotobuch der Welt publiziert hat. Damals wurde das neue Medium neugierig bestaunt und Fox Talbot zeigte die Möglichkeiten der Fotografie, nämlich durch ihre überragende Gabe des durch Linsen gebündelten Lichts ein ‚untrügerischer Pinsel der Natur‘ zu sein. Die damaligen Schwachstellen des Mediums habe ich mir von 1988 an zu Nutzen gemacht, meine Arbeit darauf weitgehend aufgebaut und versucht, in Reflektion darüber zu forschen.

FH: Zur Ausstellungseröffnung sprach der Vorstandsvorsitzende der Nord LB, Dr. Gunter Dunkel, in seiner Einführungsrede von Ihren Arbeiten als ‚Publikumsmagnet‘, Menschen ziehen Menschen an. Nehmen Sie das Thema Porträt als aufmerksamkeitsstärker gegenüber anderen Themenkomplexen war?

Wesely: Menschen wollen immer andere Menschen ansehen. Im realen Leben gibt

es natürliche Hemmschwellen, die es in der Fotografie einem Menschen gegenüber natürlich nicht gibt. Mehr kann ich im Moment dazu noch nicht sagen, weil ich in den letzten Jahren kaum Porträts ausgestellt habe. Die Wahrnehmung meines Buches ‚Portraits 1988–2013‘ im Distanz Verlag, das begleitend zur Ausstellung in Hannover erschien, wird aber sicher in einiger Zeit Bericht darüber abgeben, wie es sich mit dieser Aufmerksamkeit verhält.

FH: Eine Einzelausstellung im Museum of Modern Art in New York ist wahrscheinlich der Traum eines jeden Künstlers. Sie konnten dies anlässlich der Wiedereröffnung des Hauses realisieren. Woraus hat sich die Idee entwickelt, die gesamte Umbauphase des MoMA mit Langzeitbelichtungen zu begleiten?

Wesely: Peter Galassi, der damalige Leiter des Photo Department des MoMA, hatte bereits 1998 eine Arbeit für seine Sammlung gekauft. Im Jahr 2000 wurden meine Bilder vom Potsdamer Platz veröffentlicht und daraufhin fragte mich Galassi, ob wir nicht ein ähnliches Projekt für den Neubau

des MoMA zusammen machen könnten. Inhaltlich war es deswegen für mich interessant, weil durch meine Vorgehensweise das mit Spannung erwartete neue Museum nicht im Vordergrund steht, sondern der Prozess der Entstehung zum fotografischen Monument erhoben wird. So wird, wie in anderen Werkkomplexen auch, die Frage nach der Repräsentanz gestellt.

FH: Die heutige Fotografie ist schnell, scharf und farbecht, in Summe absolut präzise. Dieser Entwicklung widersetzen Sie sich in vielen Projekten, unter anderem auch mit Ihren Eigenbau-Experimenten zur Lochkamera, bei denen Sie mit Einfallschlitzern arbeiten. Langweilt Sie die Präzision?

Wesely: Unschärfe Bilder können sehr präzise sein. Sie stören allerdings sofort einen einfachen Zugang des Betrachters. Man kann sagen, dass es um etwas anderes als die einfache Bestätigung von etwas Dokumentarischem geht. Es geht um Bild und Vorstellung, Imagination und einen Bruchteil an Fotografischem, so dass diese Komponenten zusammen eine Art ‚Resonanzraum‘ bilden. Langzeitbelichtun-



1994
Klasse 9d

rechts oben:
2004
Maisfeld bei Kienitz

1994
Klasse 11c

die klügsten Denker angeregt – und doch von jedem Dummkopf betrieben werden kann.' Steht Michael Wesely für eine intellektuelle Rückbesinnung des Mediums?

gen besitzen eine sehr gegenwärtige Eigenschaft. Sie schaffen und zerstören das Bild zugleich und sie loten die Balance zwischen Evokation und Projektion aus.

LETZTLICH GEHT ES IMMER UM DIE GESCHICHTEN, DIE BILDER TRANSPORTIEREN

FH: Mittlerweile scheint die analoge Technik fast vollständig durch die digitale Fotografie abgelöst zu werden. In welcher Rolle sehen Sie sich als experimenteller Traditionalist bei dieser Entwicklung?

Wesely: Letztlich geht es immer um die Geschichten, die die Bilder transportieren. Sicherlich lassen sich mit modernster Fototechnik neue Geschichten auf neuere, moderne Art erzählen, aber im Grunde gibt es in meinen Augen eine Art Rückgrat, das alle Bilder vereint: Die Geschichten, die die Bilder zeigen oder in einem selbst hervorrufen, seien sie digital oder analog erzeugt.

FH: Der französische Fotograf und Luftschiffer Nadar prägte Mitte des 19. Jahrhunderts den Ausspruch: ‚Die Photographie ist eine wunderbare Entdeckung, eine Wissenschaft, welche die größten Geister angezogen, eine Kunst, welche

Wesely: Ich bin ein Künstler und mein Medium ist die Fotografie. Die Technologie entwickelt sich immer weiter, ich folge ihr und versuche damit umzugehen, aber die Entscheidungen, welche Bilder entstehen, sind durch Konzept und Kontext immer an meine Idee und mein Interesse gebunden.

FH: Auch in ihrem Zyklus der ostdeutschen Landschaften verlieren Ihre Bilder den direkten Bezug zum Ort der Entstehung. Ist der Verlust des Figurativen ein notwendiger Filter?

Wesely: Die Serie ‚Ostdeutschen Landschaften‘ war eine wichtige Neu-Verortung meines Selbstgefühls, die mir geholfen hat, meinen damaligen Umzug von München nach Berlin in gewisser Weise zu thematisieren. Es gab die Idee, Landschaftsaufnahmen zu schaffen, die nur horizontale Farbklänge erzeugen. Details werden nicht wiedergegeben, so entziehen sich die Bilder dem Dokumentarischen und stellen eher die durch Farben geprägte emotionale Stimmung einer Landschaft dar.

FH: In einem anderen Werkkomplex legen Sie beispielsweise die Negative von Schüler-Porträts jeweils einer Klasse übereinander. Wollten Sie zeigen, dass auch wenn der einzelne Schüler seine

1997 / 2012 Büro Helmut Friedel, Lenbachhaus München (29.7.1996 – 29.7.1997)



Identität verliert, die Klasse in ihrer Gesamtheit dennoch eine eigenständige Identität behält?

Wesely: Im Gegenteil, niemand verliert seine Identität. Die Bilder der Schüler zusammen erzeugen eine neue Einheit. Mich fasziniert diese Wechselbeziehung zwischen Gruppe und Individuum. Gerade die Wende und der Zustrom vieler Menschen unterschiedlicher Nationalität nach Deutschland geben diesen Bildern neue Bedeutung, die Frage nach Identität im Lande wird wieder heftig diskutiert.

JEDER VERLUST ÖFFNET DEN BLICK AUF ETWAS NEUES

FH: Sowohl bei Ihren Bauprozess begleitenden Arbeiten im urbanen Raum, als

auch bei Ihren Stillleben arbeiten Sie mit der Technik der Langzeitbelichtung. Stehen diese beiden Themen, der technische Aufbau und der Verfall des Organischen, für Sie hierdurch in einem übergeordneten Kontext?

Wesely: Ja und nein. Jedes Thema steht zwar für sich selbst, auch wenn es mit der gleichen Technik angegangen wird. Selbst die Langzeitbelichtungen vom MoMA und vom Potsdamer Platz könnten unterschiedlicher gar nicht sein. Während es bei den Berlin-Bildern um einen extremen, historisch bedeutenden, geopolitischen Moment geht – die Überwindung des Kalten Krieges –, erzählen die Bilder aus New York eine ganz andere Geschichte.

FH: Und bei Ihren Blumen- oder Früchte-Stillleben? Spielt hierbei in erster Linie der

ästhetische Anspruch oder das Aufzeigen der Vergänglichkeit, wie in den klassischen Vanitas-Motiven, die übergeordnete Rolle?

Wesely: Natürlich ist das Auge schneller als die Gedanken, die mit der Betrachtung einhergehen können. Ich glaube nicht, dass eine rein ästhetische Rezeption möglich ist, weil diese Stillleben ja ganz und gar nicht still sind. Durch die Bewegung im Bild wird man mit der Symbolik der Bilder und vielleicht auch mit seiner eigenen Vergänglichkeit konfrontiert. Ein weiterer Aspekt ist der des Neuen, der zwar nicht in vorderster Front wahrgenommen wird, sich aber doch neben dem des Verlustes behaupten mag. Jeder Verlust eröffnet den Blick auf etwa Neues. Durch diese im Bild sichtbare Gleichzeitigkeit bleibt es beim Betrachter, diese beiden miteinander verknüpften Kräfte zu werten.



2004
The Museum
of Modern Art,
New York
(9.8.2001 –
2.5.2003)

FH: Im Ergebnis Ihrer Technik wird Zeit auf surreale Art sichtbar. Sehen Sie als Künstler es mit als Ihre Aufgabe an, zum Nachdenken und Innehalten anzuregen?

DIE SCHÖNHEIT VON KUNST LIEGT IN IHREN DIVERSEN INTERPRETATIONEN

Wesely: Das Resultat, das die Kunst hervorruft, ist die Interpretation, die der Betrachter einbringt. Es ist ein offenes Feld und kein autoritärer Standpunkt. Das ist die Schönheit von Kunst. Es wird etwas produziert und es entstehen verschiedene Wahrnehmungen und diverse Interpretationen.

FH: In der Ausstellung ‚Unschärfe‘ in der Hamburger Kunsthalle wurden Ihre Arbeiten denen von Gerhard Richter gegenübergestellt. Die Berliner Nationalgalerie würdigte Ihre Landschaften in der Ausstellung ‚Begegnungen mit Caspar David Friedrich‘. Beide stehen für die Präzision in der Malerei, Sie für die Scheu

vor der Präzision in der Fotografie. Wie empfinden Sie diesen Kontrast?

Wesely: Der Kontrast ist vielleicht die zeitliche Differenz zwischen den erwähnten Arbeiten, die dann doch in einen Dialog treten. Gleich erscheint mir zu sein, dass sich diese verschiedenen Positionen in ihrer jeweiligen Vorgehensweise, einen neuen, bisher so nicht gewesenen Freiraum geschaffen haben, der einlädt über Bilder und Vorstellung nachzudenken. Zu bedenken sei hier Erwin Panowskys Begriff der ‚Pseudomorphose‘, der über dieses unüberwindliche Hindernis spricht. Werke aus verschiedenen Medien, die sich gegenüberstehen, seien sie sich visuell noch so nahe, haben niemals etwas miteinander zu tun.

FH: Zu ‚Another pencil of nature‘ ist ein umfassender Katalog im Distanz Verlag erschienen. Anfang kommenden Jahres wird die Ausstellung dann in ihrer nächsten Station in Berlin zu sehen sein. Hierzu haben Sie auch neue Arbeiten angekündigt. Werden dies dann bereits die ersten

Werke für den zweiten Band der Porträts von Michael Wesely sein, oder endet die Werkreihe vorher?

Wesely: Es ist in 25 Jahren eine sehr persönliche Reihe von Porträts entstanden. Mit wenigen Ausnahmen sind nur Freunde, Bekannte und Weggefährten um ein Portrait gebeten worden. Mein fünfzigster Geburtstag ist jetzt ein guter Anlass, mit dem Buch einen Schnitt zu ziehen, diese Personen sichtbar zu machen. Die Werkreihe Porträts ist nicht abgeschlossen.

Das Gespräch mit Michael Wesely führte Rene S. Spiegelberger am 26. Oktober 2013 im Atelier des Künstlers. Das vollständige Interview finden Sie unter spiegelberger-stiftung.de. Weitere Informationen zum Künstler erhalten Sie unter wesely.org sowie seinen [Galerievertretungen fahnenmannprojects.com](http://fahnenmannprojects.com) oder nusserbaumgart.com.

WACHSEN, leicht gemacht.

Was wäre, wenn Ihr Unternehmen größer werden könnte, ohne dabei komplexer zu werden? Mit SAP und Partnern gewinnen Sie völlig neue Einblicke in Ihr Umsatz-, Kosten- und Bestandsmanagement – und profitieren gleichzeitig von mehr Effizienz und einer produktiveren Zusammenarbeit. Geben Sie sich nicht damit zufrieden, Prozesse zu optimieren. Entscheiden Sie sich für eine neue, leichtere Art zu wachsen.

Ihr Unternehmen kann mehr: sap.de/sme



MEHR ERREICHEN. 

Riesenlaster auf deutschen Straßen



Die Grafik zeigt, wie sich die Länge der Lkw verändern soll. Das Gewicht von maximal 40 Tonnen bleibt gleich.



Axel Heik, Chef der Hamburger Spedition Hermann H. Heik GmbH & Co. KG, hatte schon 1987 Lang-Lkw in seinem Fuhrpark.

INNOVATION FÜR DEN GÜTERVERKEHR:

LANG-LKW AUF DEUTSCHEN STRASSEN

Autor: Martin Schnitker

Sie werden – abhängig von der jeweiligen politischen Einstellung – Giga-Liner, Monstertrucks, Öko-Liner oder XXL-Laster genannt. Fast langweilig, aber richtig ist die Bezeichnung „Lang-Lkw“. Denn sie beschreibt den Kern des Problems sehr genau: knapp sieben Meter mehr Lkw auf der Straße – von 18,75 Metern auf 25,25 Meter. Darüber wird seit fast zehn Jahren in Deutschland gestritten.

Während viele Länder, zum Beispiel die skandinavischen, ihre Erfahrungen mit dem Thema gemacht haben und dort der Riesen-Lkw Teil des normalen Straßenbildes geworden ist, scheut man sich in der Bundesrepublik noch, eine einheitliche Regelung für die überlangen Lkw zu beschließen. Doch die ist längst überfällig. Denn alle Argumente sind ausgetauscht und ein Feldversuch auf ausgesuchten Strecken läuft erfolgreich.

Tatsache ist, dass die Lage auf Deutschlands Straßen immer prekärer wird: kilometerlange Lkw-Schlangen auf der rechten Autobahnspur, verstopfte Autobahnen zur Ferienzeit und im Berufsverkehr. Deswegen braucht gerade der Güterverkehr Innovationen. Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) hat

errechnet, dass 2015 rund 6,4 Milliarden Tonnen Güter transportiert werden müssen. Bahn und Binnenschiffe können davon aber nur 500 Millionen Tonnen aufnehmen. Der Kollaps auf den Straßen droht. Ein Teil der Lösung könnte die bundesweite Zulassung der Lang-Lkw sein. Bislang haben sich fünf Bundesländer, unter anderem Hamburg, für die Zulassung der verlängerten Laster ausgesprochen, der Rest dagegen.

Doch was spricht gegen den Lang-Lkw? Die Gegner führen zunächst Sicherheitsaspekte an: Überholen sei gefährlicher; Leitplanken könnten das Gewicht der überlangen Lkw nicht halten. Zusätzlich würde der Zustand der Straßen erheblich verschlechtert. Auch eine positive Öko-Bilanz wollen die Gegner nicht sehen, schließlich würden die Lang-Lkw Güter von der Schiene verdrängen.

Dabei hat der erste Feldversuch gezeigt, dass die Befürchtungen der Lang-Lkw-Gegner übertrieben und nicht haltbar sind. Im Gegenteil: Es hat sich erwiesen, dass im praktischen Gebrauch zwei XXL-Laster drei normale Lkw ersetzen können. Das würde für den Straßenverkehr bedeuten, dass rund acht Prozent weniger Fahrzeuge unterwegs wären, der Verkehr könnte flüssiger laufen. Transportunternehmer berichten darüber hinaus, dass sie im Feldversuch bis zu 30 Prozent weniger Kraftstoff verbraucht haben. Das allein rechtfertigt den Titel „Öko-Liner“.

So schildert die Spedition F.A. Kruse jun. aus Brunsbüttel/Schleswig-Holstein in der BGA-Zwischenbilanz zum Feldversuch, dass sie auf der von ihr getesteten 100-Kilometer-Strecke zwischen Brunsbü-

ttel und dem Hamburger Hafen eine von drei Fahrten einsparen konnte sowie 15 Prozent CO₂ pro beförderten Container. „Das ist effizient und schont die Umwelt“, resümiert der Inhaber Friedrich A. Kruse. Das Wichtigste aber ist, dass die Firma Kruse sowie auch die anderen Teilnehmer des Feldversuchs keinerlei erhöhtes Risiko im Straßenverkehr beobachten konnten. „Im Gegenteil. Im Alltag gab es bisher keinerlei Zwischenfälle oder kritische Situationen“, berichtet Kruse.

Ein Grund für die höhere Sicherheit ist der Einsatz von modernster Technik. Von Abstandsradar und Spurassistent bis zum automatischen Notbremssystem und Rückfahrkamera. Kruse: „Das bewegt sich über dem Standard und erhöht somit die Verkehrssicherheit.“ Nach all den positiven Erfahrungen denkt der Unternehmer über den Einsatz eines weiteren Lang-Lkws nach. Aber: „Die aktuellen Überlegungen, manche Strecken nachträglich zu streichen, erschweren die Planungssicherheit.“

Auch ein weiteres Contra-Argument der Lang-Lkw-Gegner wurde entzaubert: So wurde behauptet, dass die größeren Laster den Straßen auch größeren Schaden zufügen würden. Gerade im Sommer, so die Behauptung, würden Spurrillen auf der Fahrbahndecke entstehen, die kostenintensiv wieder behoben werden müssten. Richtig dagegen ist, dass die Achslast, also das Gewicht, das je Achse auf der Straße lastet, bei einem längeren Lkw geringer ist als bei einem herkömmlichen 40-Tonnen-Lkw. Diese Reduzierung der Achslast beim Lang-Lkw wird durch eine Verteilung des Gesamtgewichts auf mehr Achsen erreicht. Von heute bis zu zehn Tonnen Achslast reduziert sich die Achslast beim XXL-Laster auf maximal 8,5 Tonnen, so der Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL). Die punktuelle Belastung der Straße nimmt also nicht zu, wie durch eine einseitige Betrachtung der zulässigen Gesamtmasse zu vermuten wäre, sondern ab.

Ein Pionier auf dem Gebiet des Lang-Lkw ist Axel Heik, Chef der Hamburger Spedition Hermann H. Heik GmbH & Co. KG. Der Unternehmer hatte 1987 einen Antrag gestellt, 60-Fuß-Container mit einem verlängerten Lkw transportieren zu dürfen. Nach einem halben Jahr bekam Heik grünes Licht. „Ich war sehr verwundert, denn ich hatte nicht mit einer positiven Antwort gerechnet.“ Damit die Polizei seine Transporter nicht ständig anhalten würde, hatte Heik extra ein Foto von seinem Lang-Lkw an die zuständigen Polizeidienststellen geschickt, um auf den ungewohnten Anblick vorzubereiten.

Heiks Erfahrungen mit dem verlängerten Laster sind durchweg positiv: „Vier Jahre sind wir unfallfrei gefahren, es gab keine Probleme. Bei fast gleichem Treibstoffverbrauch und gleichen Lohnkosten haben wir mehr transportiert.“ Der Unternehmer hätte gerne seine Lang-Lkw weiter eingesetzt, aber ein Wechsel in der Hamburger Innenbehörde bewirkte, dass seine Genehmigung nicht verlängert wurde.

Das aktuelle Gezerre um den Lang-Lkw betrachtet Heik sehr skeptisch: „Es tut weh, wenn man sieht, dass es einen Schritt vorwärts und zwei wieder zurück geht. Hier werden Chancen vergeben, denn was der Lang-Lkw für das Transportwe-

sen und auch für den Straßenverkehr bringen kann, wurde schon tausendfach im Ausland bewiesen.“ Für den Unternehmer ist es eine logische Entwicklung, dass die Transportmittel immer länger werden: „Busse, Schiffe, Züge – überall greifen Optimierungsprozesse. Nur beim Lkw soll das nicht möglich sein?“

Trotz aller positiven Erfahrungen mit dem Feldversuch sind nicht alle zufrieden: Nach Auffassung des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) läuft der Versuch nicht besonders gut. Verantwortlich dafür seien „überbürokratisierende Vorgaben“ zur Streckennutzung von Lang-Lkw. Der BGL regte Mitte Oktober an, mit den Regierungen der Bundesländer Verhandlungen über einen neuen Kompromiss zur Streckennutzung zu beginnen.

Fakt ist: Lkw werden weiterhin auf Deutschlands Bundesstraßen fahren und wenn die Bundesregierung keine einheitliche Regelung für den Lang-Lkw findet, werden es in den kommenden Jahren immer mehr. Der Unmut aller Verkehrsteilnehmer wird dadurch steigen und die Kosten für die Instandhaltung unserer Infrastruktur werden es auch. Sich weiterhin einer sinnvollen Innovation zu verschließen, ist fahrlässig.



Für die Firma Krone ist ihr GigaLiner ein großer Schritt in die Zukunft.

MITTAGSTISCH

MEHR WACHSTUM UND FLEXIBILITÄT DANK FINANZIERUNG 2.0

BEIM MITTAGSTISCH DER FAMILIENUNTERNEHMER IN HAMBURG ZEIGTE FINANZEXPERTE JÖRG DIEWALD VON GE CAPITAL GERMANY AUF, WIE SICH UNTERNEHMEN HEUTE ZEITGEMÄSS MIT LIQUIDITÄT VERSORGEN KÖNNEN

Autor: Sven Höppner



Jörg Diewald, Commercial Leader und Mitglied des Vorstands bei GE Capital Germany, hatte ein umfangreiches Menü im Gepäck. Mit dem Thema Unternehmensfinanzierung 2.0 reiste der 43-Jährige aus der Mainzer Zentrale zum Mittagstisch der Familienunternehmer an die Alster: Anschaulich portioniert zeigte er den Hamburger Gästen am 17. September in der Villa Nehlsen in Eppendorf Problemstellungen und Lösungswege bei der Mittelstandsfinanzierung auf.

Gerade Familienunternehmen haben heute steigende Anforderungen an die Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs bei größtmöglicher Liquidität. Diewalds Situationsanalyse betraf deshalb einen Großteil der anwesenden Mitglieder des Hamburger Regionalkreises. Spätestens seit Basel III werden vor allem langfristige Kredite immer teurer; verlangen Banken von den Unternehmen immer höhere Sicherheiten und immer mehr Eigenkapital. Zusätzlich spielen Ratings eine wachsende Rolle und die Firmen müssen sich stärker mit dem Thema Finanzkommunikation beschäftigen.

Ein schwacher Trost für die Hamburger Unternehmer: Sie sind mit ihren Finanzierungsproblemstellungen nicht allein. Bei einer Studie von GE Capital unter 410 mittelständischen Unternehmen in ganz Deutschland stellte sich heraus, dass 83,3 Prozent davon bei der Finanzierung neuer Geschäftsmöglichkeiten „Herausforderungen“ sehen – also in irgendeiner Form Schwierigkeiten mit der Liquidität haben, wenn sie zum Beispiel für einen Großauftrag den nötigen Materialeinkauf vorfinanzieren müssen.

Für Jörg Diewald ist Factoring in solchen Situationen – und zur generellen Liquiditätserhöhung – die naheliegendste Lösung. Hier kauft ein Factoring-Dienstleister die Forderungen eines Unternehmens gegenüber Kunden auf, deckt Ausfallrisiken ab und versorgt die Firma ab Rechnungsstellung sofort mit frischem Kapital. „Unsere Kunden wollen sich neben der Liquiditätssicherung vor allem auch unabhängiger von Bankdarlehen machen und ihre Kennzahlen inklusive des Ratings verbessern“, erklärte Diewald die Hintergründe.

Der Finanzexperte belegte seine Aussagen mit mehreren Kundenbeispielen aus den Bereichen Produktion, Großhandel oder Transport, etwa mit dem eines mittelständischen Herstellers von Verpackungsmitteln mit rund 70 Millionen Euro Jahresumsatz. In diesem Fall machte die zeitaufwändige Fertigung eine hohe Kapitalbindung für Rohmaterial sowie für die Lagerung nötig. Gleichzeitig

mussten sehr langfristige Zahlungsziele der Kunden in Kauf genommen werden. Hier konnte das Unternehmen eine Kombination aus Factoring und Lagerfinanzierung mit einem ausschöpfbaren Gesamtvolumen von insgesamt rund 19 Millionen Euro vereinbaren. Dadurch, beschrieb Diewald, konnten Bilanzstruktur und Eigenkapitalquote deutlich verbessert werden. Darüber hinaus trug die neu geschaffene Liquidität dazu bei, die Skonto-Möglichkeiten gegenüber den Lieferanten voll auszuschöpfen. „Letztlich hat die positive Liquiditätsentwicklung entscheidend zum Wachstum des Unternehmens beigetragen“, resümierte Jörg Diewald.

Diese Vorteile des Factorings überwiegen deshalb in den allermeisten Fällen gegenüber den damit verbundenen Kosten, die Diewald nicht verschwie. Natürlich behält bei dieser zeitgemäßen Form der Unternehmensfinanzierung der Dienstleister einen gewissen Teil des vorfinanzierten Volumens ein, was mit den Zinsen einer Bank beim Kontokorrentkredit vergleichbar ist. Das mit einem gewissen Aufwand verbundene Modell (Bonitätsprüfungen der Kunden) ist auch nicht für alle Branchen gleichermaßen geeignet. Auf jeden Fall greift die Wirtschaft laut Deutschem Factoring Verband seit 2007 mit einer jährlichen Steigerungsrate von durchschnittlich elf Prozent des Finanzierungsvolumens auf Factoring zurück. 2012 wurden damit in Deutschland Forderungen von insgesamt 157,42 Milliarden Euro finanziert und abgesichert.

Die Frage, ob demgegenüber der klassische Kontokorrentkredit noch zeitgemäß sei, beantwortete Diewald mit einem „Ja, aber...“. Nach Diewalds Einschätzung bietet diese Finanzierungsform zwar in gewissem Rahmen eine hohe Flexibilität, und ist einfach zu vereinbaren. Jedoch bleibt der Rahmen, die Finanzierungslinie, in der Regel sehr starr und hat keine Dynamik bezüglich Umsatz oder Auftragseingang. Auf der anderen Seite können die Banken die Linie nach eigenem Ermessen kürzen und weitere Sicherheiten verlangen, was beim Factoring entfällt. Insofern, so Diewald, eignet sich der Kontokorrentkredit heute eigentlich nur für kurzfristige Zwischenfinanzierungen, etwa wenn Roh-, Hilfs- oder Betriebsstoffe schnell eingesetzt werden müssen.

Eine Alternative können Mittelstandsanleihen sein – damit können sich Unternehmen frisches Kapital für einen festen

Zeitraum zu fixen Konditionen beschaffen. Jörg Diewald hatte dazu allerdings ernüchternde Daten von Reuters und den Wirtschaftsprüfern von PWC aufbereitet. Demnach ist diese Finanzierungsform erst ab einem Emissionsvolumen von zehn Millionen Euro (im Schnitt 48 Millionen Euro) im Einsatz. Den Gläubigern müssen bei einer durchschnittlichen Laufzeit von fünf Jahren im Schnitt 7,25 Prozent Zinsen jährlich gezahlt werden, die Emissionskosten betragen zusätzlich vier bis fünf Prozent des Kapitalvolumens. „Hier hat sich das Risikobewusstsein der Anleger geschärft und gleichzeitig sind die Renditeerwartungen stark gestiegen“, berichtete Diewald. „Anleihen sind dadurch eher eine Finanzierungsform für sehr spezielle Situationen und dafür ausgezeichnete Unternehmen.“

Jörg Diewald und seine beiden, für Factoring in Norddeutschland verantwortlichen

Vertriebskollegen, Torben Krohn und Rainer Pfäffle, beantworteten den Mitgliedern des Regionalkreises Hamburg bei der anschließenden Diskussion vor allem Fragen in Bezug auf Factoring und die hiermit einhergehenden speziellen Services. Beispielsweise, dass dabei Mahnwesen- und Debitoren-Management zur Entlastung der Unternehmen vom Factor übernommen werden. „Ich war überrascht, dass man mit dieser Finanzierungsform doch so viele neue Freiheiten gewinnt, sich stärker auf das operative Geschäft konzentrieren zu können“, resümierte ein Teilnehmer. Und Jörg Diewald konnte eine Erkenntnis nach Mainz mitnehmen: „Die Hamburger Unternehmer und Manager sind nicht nur ein sehr angenehmer Schlag, hier wird wirklich sehr offen Klartext geredet, was man sich vom Finanzdienstleister wünscht und wo sich diese heraushalten sollen. Näher kann man nicht an der Praxis dran sein.“

KLUB
DER GRÜNDER



Autor: David Friedemann

HAMBURG GEWINNT DIE „KLUB DER GRÜNDER“- REGIONALKREISMEISTERSCHAFT IM POKERN

Der „Klub der Gründer“ von DIE JUNGEN UNTERNEHMER – BJU beteiligte sich am 26. Oktober 2013 in Berlin zum ersten Mal sowohl mit einer Teilnehmergruppe als auch als Preissponsor bei dem Gründerpokern. 190 Gründer, Unternehmer und spannende Persönlichkeiten haben sich bei KPMG zum Netzwerken, Bluffen und Spaß haben versammelt. Das Gründerpokern ist seit drei Jahren eine sehr erfolgreiche Veranstaltung für exklusives Netzwerken mit den klüg-

sten Köpfen Deutschlands. Der „Klub der Gründer“ passt thematisch in diese Veranstaltung wie die Faust auf das Auge. Das dachten sich auch „Klub der Gründer“-Pate Christian Manthey und Berlins Regionalkreisvorsitzender Sascha Mattheis und organisierten eine Beteiligung. 16 „Klub der Gründer“-Teilnehmer wurden an die Tische verteilt und pokerten als Zweier-Teams um die beste zusammen addierte Platzierung. Das beste Team gewann dann den „Klub der Gründer“-Verbandspokal. Nicht nur

der Promi-Überraschungsgast Samy Deluxe kam aus Hamburg, sondern auch das Gewinnerteam Kai Teute und Vanessa Niemann. Das Format der Veranstaltung soll beibehalten werden und bei dem nächsten Gründerpokern sind alle Hamburger Pokerefreunde herzlich eingeladen, unseren Regionalkreispokertitel zu verteidigen.

Details und Anmeldungen zu den „Klub der Gründer“-Veranstaltungen unter www.klub-der-gruender.eu.

WAHLPARTY ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

YOU CAN'T ALWAYS GET WHAT YOU WANT

Autor: Fabian Gewald

Jörg Schönenborn gab um 17.58 Uhr bereits eine zutreffende Interpretation ab, als er die erste Prognose in der ARD mit den Worten anmoderierte: „Dieser Wahlabend könnte die politische Landschaft in Deutschland grundlegend verändern.“ Mehr als 30 Mitglieder und Freunde der Familienunternehmer sahen danach in den Räumen der NORTAX die Balken bei der Union nach oben schnellen und nahmen das unerwartet schlechte Abschneiden der Oppositionsparteien zur Kenntnis. Als die FDP in der ersten Prognose mit 4,7 Prozent relativ deutlich den Wiedereinzug in den Bundestag verfehlte, lagen die beiden spannenden Fragen des Wahlabends auf dem Tisch: Würde die Alternative für Deutschland (AfD) mit ihrem euroskeptischen Kurs noch den Einzug in den Bundestag schaffen? Und, wenn das nicht der Fall sein sollte, könnte es für eine Alleinregierung von CDU und CSU reichen?

Während die meisten Mitglieder im Verlauf der nächsten Stunden wohl sicher waren, dass sowohl FDP als auch AfD nicht im Parlament vertreten sein würden, ließen die Hochrechnungen zwischenzeitlich auch eine schwarze Alleinregierung wahrscheinlich werden, zu der es aber am Ende bekanntlich nicht kam. Den bis zum Schluss anwesenden Gästen der Wahlparty war damit klar, dass nun voraussichtlich alles auf eine Große Koalition hinauslaufen würde. Die Diskussionen konzentrierten sich im weiteren Verlauf des Abends dann auch darauf, was eine von den Unionsparteien und der SPD getragene Bundesregierung für Deutschland und die Unternehmer bedeuten würde.

Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen bleiben abzuwarten, wenngleich die programmatische Annäherung zwischen beiden Seiten ganz offensichtlich so weit gediehen ist, dass grundlegende Differenzen auf wenige Streitpunkte beschränkt bleiben dürften.

Fraglich ist, was das sehr starke Abschneiden der CDU und CSU sowie die anhaltende Schwäche der Sozialdemokraten für das Machtverhältnis zwischen den beiden mutmaßlichen Koalitionsparteien bedeuten. Möglicherweise musste Angela Merkel bereits am Wahlabend erkennen, dass man sich auch „übersiegen“ kann. Knapp daneben ist eben auch vorbei. Die Vorfreude auf eine neue Große Koalition jedenfalls hielt sich bei den Sozialdemokraten in so engen Grenzen, dass die Bundeskanzlerin regelrecht um einen Partner werben musste. Nach der Ab-

sage der Grünen an die Unionsparteien ist die Verhandlungsposition von Sigmar Gabriel und seinen Leuten daher nicht schlecht, wenngleich das staatspolitische Gewissen ein Scheitern der Verhandlungen wohl undenkbar erscheinen lässt.

Unabhängig vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen bedeutet das Wahlergebnis, dass nach dem erstmaligen Ausscheiden der FDP in der Geschichte der Bundesrepublik keine liberale Partei mehr im Bundestag vertreten ist. Ob der Wirtschaftsflügel der Union in der Zukunft eine wichtigere Rolle spielt und diese Lücke füllen wird, oder die „sozialdemokratisierten“ Unionsabgeordneten zusammen mit der SPD-Fraktion diesen Teil des politischen Spektrums für die Mehrheitsfindung im Parlament überflüssig werden lassen, bleibt abzuwarten. Vielleicht nutzt die SPD auch die Gunst der Stunde und folgt dem Appell ihres Partei-

vizes Olaf Scholz. Dieser hatte seine Partei vor der Bundestagswahl aufgerufen, das sozialliberale Erbe einer erkennbar schwächer werdenden FDP anzutreten und sich stärker wieder den wirtschaftsnahen Themen zu widmen. Schließlich wird für die wirtschaftlich-liberal eingestellten Bürger die Entwicklung der FDP unter ihrem designierten Vorsitzenden Christian Lindner und die unsichere Zukunft der AfD spannend bleiben.

Interessant ist, dass die Steuererhöhungspläne der linken Parteien durch die Wähler am Ende nicht honoriert wurden. Offenbar hatten viele Stimmberechtigte den wohl zutreffenden Eindruck, dass auch sie am Ende zu der Gruppe gehören würden, die aus vorgeblichen Gerechtigkeitsgründen mehr von ihrem Einkommen an den Staat überweisen müssten. Auch dieser Aspekt wird sicherlich Eingang in die Gespräche über den Koalitionsvertrag finden.

Russland vom Feinsten.
Wir eröffnen
Ihnen neue Märkte.

Senator h.c. Hans-Dieter Philipowski,
Unternehmer und Mitglied der
„FAMILIENUNTERNEHMER“
Präsident der Sektion Russland im
Wirtschaftskomitee Deutschland (WBA)

„Mehr als zwanzig Jahre
persönliche Erfahrungen
als Unternehmer
in Russland - Wir zeigen
Ihnen Ihre Chancen
und Perspektiven.“

CONSULTING:
Exportberatung, Marktanalyse,
Markterschließung, Unternehmensaufbau,
Personalrecruiting, Personalentwicklung.

UNTERNEHMENSANSIEDLUNG:
Grundlagenermittlung, Architektur,
Infrastruktur, Produktionsplanung,
Standortauswahl, Grundstückserwerb,
Ausführungsplanung, Genehmigung,
Projektrealisierung, Kostencontrolling

www.philipowski-international.de
mail@philipowski-international.de

PHILIPOWSKI®
INTERNATIONAL BUSINESS DEVELOPMENT



Produktionsstandort Russland: Zukunftschancen für deutsche Mittelständler und Familienunternehmer

<p>Industrie</p> <p>GRÜNES QUADRAT</p>	<p>Logistik</p>	<p>Landwirtschaft</p>
---	-----------------	-----------------------

PODIUMSDISKUSSION

KUNST UND MARKT

Autor: Rene S. Spiegelberger

In Zeiten von Niedrigzinsen halten Investoren nach alternativen Anlagemöglichkeiten Ausschau. Zeitgenössische Kunst rückte dabei bereits früh in den Blick der Kapitalanleger und bescherte dem Kunstmarkt den rasanten Aufwärtstrend der letzten Jahre. Da qualitativ hochwertige Arbeiten rar, und die Qualität von jungen Künstlern schwer zu beurteilen sind, gibt es viele offene Fragen: Wie nähere ich mich dem Kunstmarkt? Was kommt für mich in Frage? Erkenne ich Blue Chips oder Epigonen? Wie sicher oder wie potent muss eine Anlage sein?

Als mit Gerhard Richters Frühwerk „Zwei Liebespaare“ im Februar 2008 in London erstmals die Zehn-Millionen-Dollar-Hürde eines lebenden Künstlers genommen wurde, galt das als außerordentliches Ergebnis. Man erwartete, dass dies für den in Köln lebenden Maler; Jahrgang 1932, auf lange Zeit der Höchstpreis bleiben würde. Seither geschah es jedoch noch weitere 25 Mal, zuletzt mit 33 Millionen Dollar im Mai 2013 in New York. Berechtigt ist also die Frage, wer die potentiellen Nachfolger von Stars wie Richter, Koons oder Uecker sind? Vor allem aber: Wie identifiziere ich sie frühzeitig?

Zu diesen und ähnlichen Fragestellungen diskutierten Rene S. Spiegelberger mit dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Stiftung Museum Schloss Moyland, besser bekannt als Beuys-Museum, Franz van der Grinten, und dem 1976 geborenen Ausnahmekünstler, Simon Schubert, der zuletzt mit dem „Phönix Kunstpreis“ ausgezeichnet wurde.

Schubert hat mit seinen komplexen Papierfaltungen eine unverkennbare Handschrift entwickelt, die wir Ihnen bereits in der „für Hamburg“-Ausgabe 01/2013 ausführlich vorgestellt haben. Hiermit konnte dann

auch sogleich der erste von unterschiedlichen Punkten in der Beurteilungsliste jüngerer künstlerischer Positionen positiv vermerkt werden. Doch die Unverkennbarkeit eines Werkes allein reicht nicht aus, wie Kunstmarktexperte van der Grinten hervorhob. Auch darf ein Nachwuchskünstler nicht dem Druck des Marktes nachgeben. Sammler und Galeristen generieren einen natürlichen Bedarf. Dieser sollte jedoch keinesfalls Triebfeder für die Arbeit sein. Vielmehr ist es wichtig, dass eine Entwicklung ablesbar ist. Werkzyklen, die aufgrund von künstlerischen Aspekten abgeschlossen wurden, wecken Begehrlichkeiten und sind der erste Schritt in den Drittmarkt der Auktionen. Ein Sammler, der später bei einem Künstler einsteigt, trägt hier zur Nachfrage bei. Dies erklärt beispielsweise auch bei arrivierten Künstlern wie Markus Lüpertz, Franz Erhard Walther oder Otto Piene die deutlich höheren Preise für Arbeiten der sechziger und siebziger Jahre gegenüber aktuellen Werken.

Abermals am Beispiel Schuberts wurden dann noch weitere relevante Punkte für die erfolgreiche Entwicklung jüngerer Künstler am Markt belegt. Auch wenn es immer wieder Ausnahmen gibt, die einen anderen Weg beschreiten, ist doch die akademische Ausbildung an einer namhaften Kunstakademie wie der in Düsseldorf, vorzugsweise in der Meisterklasse eines prominenten Professors, ein gutes Indiz. Wer sich Meisterschüler von Peter Doig,

Karin Kneffel, Andreas Gursky oder Anthony Cragg nennen darf, zählt bereits zur Nachwuchselite. Garant für den eigenen Erfolg ist dies natürlich nicht, eine gute Voraussetzung allerdings allemal. Ausnahmen bilden hier immer öfter, die häufig sehr erfolgreich am Markt agierenden Vertreter der Urban- oder Street-Art, die wie Banksy, XOOOOX oder Faile dieser Gesetzmäßigkeit trotzen können.

Weiter sind die künstlerischen Erfolge ein wichtiger Indikator. Was darf man von einem Künstler nach drei, fünf oder zehn Jahren nach dem Abschluss erwarten? Was sollte mindestens erfolgt sein? Hat er bereits eine Galerievertretung gefunden? Ist diese Galerie auf der Art Cologne oder nur auf der Art Karlsruhe vertreten? Die Kölner Messe oder gar Basel sind auch für Galerien so etwas wie ein Ritterschlag. Ein Künstler, der hier zu sehen ist, wird auch die anderen Kriterien seiner Altersklasse entsprechend mit Bravour erfüllt haben. Hierbei geht es um erste Kunstvereinsausstellungen, Gruppenausstellungen in kleineren Museen und natürlich auch die ersten Ausstellungen, die mit Katalogen begleitet werden.

Aber reicht all das, um in die Fußstapfen der erfolgsverwöhnten Top 100 der inoffiziellen Weltrangliste des sogenannten Kunstkompasses zu treten? Keinesfalls. Das Œvre eines Künstlers sollte auch facettenreich sein, Sammlern und Ausstellungsbesuchern immer wieder Überraschungen durch neue Entwicklungen und Schaffensphasen bieten, ohne sich zu zerfasern. Weniger ausschlaggebend ist eine vermeintliche Schönheit der Arbeiten. Ästhetik ist für Erfolg am Markt nicht ausschlaggebend. Häufig gilt sogar, dass eine gewisse Anti-Ästhetik hoch geschätzt wird. Diese wird dann zumeist in einem komplexen, intellektuellen Überbau des Künstlers begründet. Eines der bekanntesten Beispiele hierfür ist Joseph Beuys, der lediglich in seinem zeichnerischen Frühwerk und bei einigen



sehr späten Arbeiten, kurz vor seinem Tod Mitte der achtziger Jahre, klassische Schönheitsideale erfüllte. Dennoch ist er einer der Künstler, dessen Preise derzeit massive Steigerungsraten erfahren – und das zu Recht. Im Vergleich zur internationalen Bedeutung seines Werkes und des kontinuierlich ansteigenden Interesses an seinen Positionen ist er weiterhin verhältnismäßig niedrig bewertet.

Ein komplexes System also. Wer hierbei vermutet, dass es im Bereich der Investments in aktuelle Tendenzen am Kunstmarkt mittelfristig mehr Verlierer als Gewinner geben wird, liegt also tendenziell richtig. Viele Gesetzmäßigkeiten des Aktienmarktes sind allerdings auch einfach übertragbar. Blue Chips gibt es auch hier. Wer auf etablierte Positionen setzt, darf zwar nicht mit exorbitanten Gewinnmargen rechnen, schützt sich aber vor Totalverlust. Einziger Unterschied: Bei einem Künstler schwankt die Qualität, und die Mode nimmt einen zusätzlichen Einfluss. Somit ist Warhol nicht gleich Warhol. Was also dem Immobilienmann seine Dreifachregel „Lage, Lage, Lage“ ist, können wir in die einfache Faustregel für eine sichere Kunstanlage wie folgt übertragen: die besten Künstler und von denen die besten Bilder. Wer also seine berühmte Marilyn in einem handlichen Leinwandformat zu

einem günstigen Marktpreis erwirbt, wird ähnlich wenig verkehrt machen, wie derjenige, der eine Altbauwohnung in der Magdalenen- oder Innocentiastrasse kauft. Leider ist das Angebot in beiden Fällen extrem überschaubar.

Die einfachste Regel beim Kunstkauf bleibt jedoch, sich auf seinen Bauch zu verlassen. „Berührt Sie ein Werk zutiefst, regt es Ihre Phantasie an, können Sie sich kaum daran satt sehen und wollen Sie sich damit umgeben? Werfen Sie alle anderen Regeln über den Haufen, kaufen Sie und genießen Sie es. Sie haben alles richtig gemacht!“, so das Fazit von Künstler Simon Schubert.



Simon Schubert, Musikzimmer

Mit **EUKUTEC** ELEKTRO- UND KUNSTSTOFFTECHNIK GMBH

Know How schneller ans Ziel!

e-mobility powered by EUKUTEC

Serienumsetzung von Baugruppenmontagen und Kabelkonfektion inkl. Entwicklungssupport und Produktpflege
www.eukutec.de | kontakt@eukutec.de
Tel +49 40 752 464 -0 | Fax +49 40 752 464 -91

ABGEDRUCKT UND AUSGESTRAHLT –

AUS DER PRESSE UND DEN MEDIEN

Sieben Forderungen an eine EU der Zukunft

Für eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft in Europa / Ein Aufruf

Die Europäische Union steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die Euro- und Staatsschuldenkrise ist nur das augenfälligste Symptom für Fehlentwicklungen, die sich über Jahrzehnte gehäuft haben. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer stehen im weltweiten Wettbewerb. Deshalb mahnen wir gerade auch auf europäischer Ebene grundlegende Reformen und ordnungspolitische Richtungsentscheidungen an.

Die EU steht heute für knapp über sieben Prozent der Weltbevölkerung, 25 Prozent des Weltsozialprodukts und 50 Prozent der weltweiten Sozialausgaben. Um in diesem Umfeld Wohlstand für Europa zu generieren, ist die globale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen entscheidend – auch für die über fünf Millionen arbeitsloser Jugendlicher in der EU. Die Europäische Union hat entscheidend mitgeholfen, Frieden, Demokratie und Wohlstand in Europa zu sichern. Wir wollen, dass dies auch in Zukunft möglich sein wird. Dies kann gelingen, wenn sich die anstehenden Entscheidungen an folgenden ordnungspolitischen Leitideen orientieren:

1. Die EU muss nicht „immer enger“ werden, sondern immer offener und flexibler: Die Vorstellung, alle Länder Europas müssten im Gleichschritt marschieren, um immer mehr Brüsseler Vorgaben zu erfüllen, ist gescheitert. Kompetenzen

müssen nach dem Subsidiaritätsprinzip aufgeteilt und auch wieder an dezentrale Einheiten zurückverlagert werden können. Eine freiwillige Zusammenarbeit der „Willigen und Fähigen“ entspricht dem Erfordernis der Flexibilität und Offenheit.



M. Ostermann August Oetker

2. Die EU muss demokratisch von unten aufgebaut sein: Demokratisch gewählte nationale Parlamente sollten die Macht haben, ungewünschte oder unnötige EU-Regulierungen zu verhindern. Weitreichende Souveränitätsabtretungen bedürfen der Zustimmung des Volkes. Der Souverän ist der Bürger, nicht die Regierung.

3. Das EU-Transfer-Karussell anhalten: Das EU-Budget wird noch immer dominiert von Agrar- und Regionalfonds,

die kaum zu Wachstum und Beschäftigung beitragen und zudem allzu viele Gelder via Brüssel nur innerhalb von Ländern oder gar Regionen umschichten. Hier sind gewaltige Einsparmöglichkeiten vorhanden.

4. Schlanke Union, fitte Unternehmer: Immer höhere Kosten der Bürokratie und Regulierung entstehen in Brüssel und lasten vor allem auf kleinen und mittelgroßen Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen. Weniger, aber bessere Regeln stärken die Akzeptanz der EU und geben den Leistungsträgern Luft, das zu tun, was sie am besten können: Innovationen auf die weltweiten Märkte bringen.

5. Marktzutrittschranken abbauen: Schon eine echte Verwirklichung des EU-Binnenmarkts für Dienstleistungen könnte das Bruttoinlandsprodukt der EU dauerhaft um 2,3 Prozent wachsen lassen. Auch in Freihandelsabkommen (etwa mit den Vereinigten Staaten) liegen beträchtliche Wachstumspotentiale, die dauerhaft mehr bringen als kredit- oder steuerfinanzierte Konjunkturprogramme.

6. Europa mobiler machen: Die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitssuchenden ist der Kern der europäischen Integration. Das gilt auch für die europäischen Arbeitsmärkte. Massenarbeitslosigkeit begabter Jugendlicher im Süden und Fachkräftemangel im Norden Europas können auf einem ech-

ten Binnenmarkt überwunden werden. Eine ungesteuerte Zuwanderung in die Sozialsysteme anderer Länder muss dagegen verhindert werden.

7. Wirtschaftsverfassung, nicht Wirtschaftsregierung: Die Euro-Krise kann auf Dauer nur überwunden werden, wenn die Verpflichtungen der Regierungen und das europäische Vertragsrecht wieder ernst genommen werden. Ein verlässlicher ordnungspolitischer Rahmen für die Fiskal- und Geldpolitik verspricht mehr Stabilität der Eurozone als der Versuch, mit den Geldern anderer für die Fehler wieder anderer haften zu müssen.

Das wohlfahrtsstaatliche und kreditfinanzierte europäische „Sozialmodell“ muss gründlich überholt werden, ansonsten wird Europa im globalen Wettbewerb weiter verlieren und sein in Jahrzehnten erarbeiteter sozialer und politischer Frieden gefährdet. Wir schulden es den künftigen Generationen von Europäern, das Versprechen einzulösen, das im Vertrag über die Europäische Union (Artikel 3 Abs. 3) auch genannt ist: „eine im hohen Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“.

Die Unterzeichner: Dr. Wolfgang Böllhoff (Böllhoff Gruppe), Michael Moritz (CatCap GmbH), Dr. h. c. August Oetker (Oetker Gruppe), Marie-Christine Ostermann (Rulko Großelkauf), Thomas Selter (Selter GmbH), Dr. Martina Timmermann (TIMA GmbH).

Erschienen in der FAZ am 11. November 2013

Erschienen im Hamburger Abendblatt am 24./25. August 2013

Erschienen in der FAZ am 18. Oktober 2013

Verheerende Folgen

20. August: „Steuern, das neue SPD-Thema“

Wir warnen seit Monaten vor den verheerenden Folgen, die eine Vermögenssteuer gerade für unsere hanseatische Wirtschaft hat. Sie verschlechtert die Investitionsbedingungen für die Unternehmer, die aktiv zum Wirtschaftserfolg unseres Landes beitragen. Und sie setzt Anreize zur Vermögensverlagerung ins Ausland. Übrigens gerade des flüssigen Vermögens, während man den Familienunternehmen, die hier 60 Prozent der Arbeitsplätze stellen, mit Vermögensbesteuerung das Fundament entziehen will.

Michael Moritz, Vorsitzender Regionalkreis Metropolregion Hamburg, „Die Familienunternehmer“

Neuer Bundestag soll Brüssel einige Kompetenzen entziehen

Familienunternehmer richten Appell an Abgeordnete

BERLIN, 17. Oktober. Die Familienunternehmer wollen einen Teil der Zuständigkeiten, die Deutschland auf die EU verlagert hat, zurückholen. In einem Schreiben an die Abgeordneten des neuen Bundestags, das dieser Zeitung vorliegt, fordert der gleichnamige Verband (früher: ASU) eine „grundlegende Neustrukturierung der europäischen Verträge“ und verlangt Korrekturen an der gegenwärtigen Kompetenzverteilung. „Ein Schlüsselement für eine nachhaltige Besserung der Situation ist das ‚Haltungsprinzip‘“, heißt es weiter. „Die Zukunft Europas darf weder durch die fortschreitende Vergemeinschaftung von Schulden mit absehbaren Einschnitten in den deutschen Haushalt noch durch die Entmachtung nationaler Parlamente zugunsten einer Brüsseler Zentralregierung auf Spiel gesetzt werden.“

In einer ergänzenden Studie rechnen die Familienunternehmer, die sich als ordnungspolitisches Gewissen verstehen, scharf mit der bisherigen Europapo-

litik ab. Das Geschenk historisch niedriger Zinsen durch Einführung der Gemeinschaftswährung habe die Mehrheit der Euroländer nicht genutzt – im Gegenteil. Griechenland sei geradezu mit Vorsatz bemüht gewesen, sein Staatswesen ohne funktionierende Verwaltung zu organisieren. Portugal habe ein System sozialer Wohlfahrt verfestigt, dessen Kosten von den Bürgern nicht zu erwirtschaften seien. In Spanien sei ein Bauboom mit frühzeitig erkennbarer Blasenbildung gefördert worden. Irland habe absichtlich auf eine effektive Regulierung des Finanzmarkts verzichtet und dadurch überdurchschnittliche Risiken im Bankensystem angehäuft.

Statt einer Problemlösung hätten die Regierungen mit Umverteilung reagiert und den Vertragsbruch zur Regel gemacht; heißt es weiter in der kritischen Abrechnung. Die Rettungskredite für Krisenländer betrachtet der Verband als „Einladung zum Zündeln“. Der Fiskalpak mit seinen Schuldenbremsen habe seine Feuermaße nicht bestanden. Und die EZB habe sich durch den Kauf von Staatsanleihen zur Haushaltsfinanzierung sowie durch die Flutung der Märkte mit Liquidität auf Abwege begeben.

Die Unternehmervereinigung leitet daraus umfangreiche Handlungsempfe-

BUCHTIPP

Lukas Hartmann



www.heyman-buecher.de

ABSCHIED VON SANSIBAR

Lukas Hartmanns lesenswerter Roman beruht auf einer wahren Geschichte und handelt von einem schmerzlichen Abschied von Sansibar und einem unterkühlten Willkommen in Hamburg – damals, Ende des 19. Jahrhunderts, als Salme bint Said, Prinzessin von Oman und Sansibar, in die Hansestadt kam.

Der Schweizer Autor begibt sich auf Spurensuche im Leben dieser eindrucksvollen Frau, die 1924 als Emily Ruete in Jena starb. Ihre Urne wurde im Familiengrab in Hamburg-Ohlsdorf beigesetzt. Der Schriftsteller lässt aus einer ungewöhnlichen Lebensgeschichte ein großartiges historisches Epos entstehen.

Salme und Heinrich lernen sich 1866 auf Sansibar kennen und lieben. Salme wird schwanger und flieht auf einem britischen Kriegsschiff nach Aden, wo sie auf Heinrich wartet. Die junge Frau konvertiert zum Christentum, nimmt den Taufnamen Emily an und heiratet ihren Geliebten. Die frisch vermählten Eheleute machen sich

auf den Weg nach Hamburg. Aber nur für den Ehemann ist es eine glückliche Heimkehr: Es sind nicht nur die klimatischen Unterschiede, die es der Frau erschweren zwischen Elbe und Alster heimisch zu werden. Auch die Mentalität und die Gebräuche in der Kaufmannsstadt sind ihr wesensfremd. Für sie ist es ein Geschenk, dass sie in kurzer Zeit drei Kinder zur Welt bringen kann – ihr Heimweh verliert an Bedeutung. Das Familienglück findet ein jähes Ende, als Heinrich Ruete 1870 bei einem Unfall ums Leben kommt. Unversehens wird die Witwe einem Vormund unterstellt. Ohne finanzielle Rücklagen und allein mit drei Kindern scheint ihre Lage ausweglos...

In späteren Jahren teilen die Kinder Said, Antonie und Rosalie das Schicksal ihrer Mutter: Sie leben als Wanderer zwischen den Welten – zwischen Orient und Okzident, Islam und Christentum, deutscher Disziplin und unbändiger Exotik.

Erschienen im Hamburger Abendblatt am 24. September 2013



Lukas Hartmann
Abschied von Sansibar

Roman · Diogenes

Lukas Hartmanns Roman ist ein eindrucksvolles Panorama von Menschen und Ereignissen in bewegten Zeiten.

Bibliographische Angaben

Verfasser: Lukas Hartmann

Titel: Abschied von Sansibar

Verlag: Diogenes Verlag

Umfang: 336 Seiten

Erschienen im September 2013

ISBN 978-3-257-06867-2

Preis: 22,90 Euro

Herzlichen Dank an Bücher Heymann!

Wirtschaft besorgt über Folgen des Volksentscheides

Handelskammer und Verbände erwarten negative Auswirkungen nach der Abstimmung über die Rekommunalisierung der Energienetze. „Emotionen haben über die Vernunft gesiegt, die Energiewende wird faktisch aufgehalten statt sie zu beschleunigen.“

Von Jan Haarmeyer

Hamburg. Mit Skepsis, Unverständnis und Sorge für die Zukunft hat die Hamburger Wirtschaft auf das Ergebnis des Volksentscheides zum Rückkauf der Energienetze reagiert.

„Emotionen haben über die Vernunft gesiegt, die Energiewende wird faktisch aufgehalten statt sie zu beschleunigen“, sagte Fritz Horst Melsheimer, Präses der Handelskammer. Die Stadt müsse nun ihre bestehende Beteiligung rückabwickeln, ein neues Unternehmen gründen, die Konzession ausschreiben, sich bewerben und die dann auch noch, trotz zahlreicher anderer Bewerber, den Zuschlag erhalten. „Was dies tatsächlich und auf der Zeitachse bedeutet, ist ungewiss“,

sagte Melsheimer. Zudem seien die von den Energieversorgern zugesagten Investitionen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro jetzt fraglich. „Mit unseren Sachargumenten haben wir bei den Hamburgern in den letzten Monaten viel Boden gut gemacht und ein von den Befürwortern des Netze-Rückkaufs schon entschieden gelaubtes Rennen wieder offen gestaltet“, sagte Melsheimer. Ein Viertel der Hamburger habe im Vergleich zu den ersten Umfragen ihre Meinung geändert, insgesamt teile fast die Hälfte der Bevölkerung die Skepsis der Handelskammer. Melsheimer: „Es ist zwar nicht gut, dass eine derart wichtige und kostenwirksame Entscheidung so knapp ausgefallen ist. Aber wir

sind gute Demokraten, akzeptieren das Ergebnis und haben uns vorgenommen, im Hinblick auf künftige Volksinitiativen daraus zu lernen.“ „Das ist kein guter Tag für die Zukunft unseres Standorts“, sagte Michael Westhagemann, Vorsitzender des Industrieverbands Hamburg (IVH) und Sprecher für das Aktionsbündnis gegen den Rückkauf aus 15 Kammern, Verbänden und Vereinen. Auf Hamburg werde nun eine lange und riskante Phase mit Planungsunsicherheit zukommen.

Er erwarte langwierige politische und juristische Verfahren und möglicherweise negative Auswirkungen auf das allgemeine Investitionsklima in der Stadt. „Diese Phase werden wir in

unserer Verantwortung für Hamburg kritisch aber konstruktiv begleiten“, sagte Westhagemann.

Josef Katzer, Präsident der Handwerkskammer Hamburg, sagte: „Auch das Hamburger Handwerk sieht diese Entscheidung mit großer Sorge. Denn die Wirtschaft ist auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Nach dem Volksentscheid bleibt aber völlig unklar, ob die Stadt Hamburg die anstehende Ausschreibung gewinnen und die Netze zurückkaufen kann.“ Jan Schmidt, Regionalvorsitzender von „Die jungen Unternehmer“ im Verband der Familienunternehmer zeigte sich ebenso besorgt. „Die Hamburger Familienunternehmer sind beunruhigt über das extrem hohe wirtschaftliche Risiko, das nun mit dem Kauf der Energienetze durch die Stadt einhergeht. Im Bündnis haben wir intensiv informiert und davor gewarnt, dass sich der Staat als Unternehmer in Hamburg schon zu häufig betätigt hat, mit fatalen Konsequenzen für die öffentlichen Kassen.“ Gleichzeitig betonte Schmidt: „Vor dem Hintergrund unseres Respekts vor der demokratischen Legitimierung stehen wir der Stadt bei der Umsetzung des Volksentscheides mit unternehmerischem Rat zur Seite.“

Andreas Wende, Sprecher für den Zentralen Immobilienausschuss (ZIA) Nord: „Die jetzt anstehenden Verhandlungen müssen dazu führen, dass es keine lange Hängepartie gibt und zukünftig ein diskriminierungsfreier und bezahlbarer Zugang zu den Netzen auch für dezentrale Energieversorger gewährleistet wird.“ Der Wirtschaftsrat der Hamburger CDU wagt schon einmal einen weiten Blick nach vorne: „Leider wird die Zukunft nicht nur zeigen, dass die Argumente der Initiative falsch waren, sondern auch, dass das ein schlechtes Geschäft für den Hamburger Steuerzahler war.“



Geschäftsführung heute: (v.l.n.r.) Nils Krüger, Carola Keller, Michael Klein und Michael Paterka

UNTERNEHMEN ARTHUR KRÜGER UND ENKEL DES GRÜNDERS WERDEN 75 JAHRE

Die Wandsbeker Unternehmerfamilie führt den Betrieb in vierter Generation fort

Vor 75 Jahren gründeten Arthur und Werner Krüger in Hamburg Wandsbek das kunststoffverarbeitende Unternehmen Arthur Krüger. Gründerenkel Jürgen Krüger wird

ebenfalls 75 Jahre – ihm wurde der Betrieb im wahrsten Sinne des Wortes in die Wiege gelegt. Mit Stolz blickt er im Jubiläumsjahr auf sein Lebenswerk. Tochter Carola Keller und Sohn Nils Krüger sind seit Langem als Gesellschafter und Geschäftsführer dem Unternehmen verbunden und gehen nun mit Geschäftsführer Michael Paterka und Michael Klein – in familiärer Tradition – in die Zukunft. Carola Keller verantwortet den Bereich Personal & Ausbildung. Ihr ist es wichtig, die Balance zwischen dem Wohlergehen der Mitarbeiter, der Attraktivität als solider Arbeitgeber und dem gesunden Wachstum des Familienunternehmens zu schaffen. Nils Krüger ist verantwortlich für den Bereich Marketing & Vertrieb. Er konzentriert sich insbesondere auf die Fortentwicklung des Tiefziehverfahrens im Twin-Sheet: ein modernes Verfahren zur Herstellung von doppelwandigen Teilen und Hohlkörpern aus Kunststoff in nur einem Arbeitsgang.

Die Arthur Krüger Gruppe ist ein mittelständisches Kunststoffunternehmen mit aktuell 200 Mitarbeitern an zwei Standorten in Barsbüttel. Im Zentrum stehen die Beratung und Versorgung mit Halbzeugen, die Produktion von Fertigteilen sowie der GFK-Anlagenbau.

LENCKE WISCHHUSEN BLEIBT VERBANDSCHEFIN – MITGLIEDERVERSAMMLUNG WÄHLT BREMER UNTERNEHMERIN FÜR ZWEITE AMTSZEIT

Mit großer Mehrheit hat der Verband DIE JUNGEN UNTERNEHMER bei seiner Mitgliederversammlung in Berlin die Bundesvorsitzende Lencke Wischhusen (28) für ein weiteres Jahr in ihrem Amt bestätigt. Die Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Fabian Freisberg, Horst Ingmar Kilian und Sebastian von Waldow wurden ebenfalls wiedergewählt. Ralf Saatkamp trat nach vier Jahren nicht mehr zur Wahl an. Stattdessen kandidierte der **Hamburger Unternehmer Kai Teute** und wurde als Stellvertreter neu in das Präsidium gewählt. Für ihre zweite Amtszeit hat sich die Bremer Unternehmerin vorgenommen, die Koalition in Trab zu halten. „Politiker beider Koalitionsparteien scheinen bei ihren Haushaltsplänen davon auszugehen, dass die Steuereinnahmen weiterhin so sprudeln wie bisher. Fakt ist: Sobald die Einnahmen sinken, werden die Politiker neue Schulden aufnehmen oder die Steuern erhöhen müssen, um ihre Versprechen zu erfüllen. Die Zeche zahlen dann wir, die junge Generation“, warnte die wiedergewählte Bundesvorsitzende von DIE JUNGEN UNTERNEHMER in ihrer Rede.

Lencke Wischhusen ist geschäftsführende Gesellschafterin von W-Pack. Das Unternehmen erzielt einen Jahresumsatz von

zirka 15 Millionen Euro und bietet sowohl ganzheitliche Verpackungskonzepte für Konzerne als auch klassische Standardware in Kleinmengen an. Vom Feinkostbecher bis hin zur Stretchfolie ist alles im Repertoire des Familienunternehmens, das seinen Hauptsitz in Bremen hat. Weitere Niederlassungen befinden sich in Neermoor, Wolfen-Bitterfeld, Neustrelitz und Sprockhövel. Rund 50 Mitarbeiter arbeiten an den fünf Standorten der Unternehmensgruppe. Vor ihrem Einstieg bei W-Pack absolvierte Lencke Wischhusen eine Ausbildung zur Groß- und Außenhandelskauffrau und studierte Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Unternehmensführung.

VORSTANDSWECHSEL BEI DIE JUNGEN UNTERNEHMER REGIONALKREIS METROPOLREGION HAMBURG

Im Vorstand von DIE JUNGEN UNTERNEHMER im Regionalkreis Metropolregion Hamburg vollzieht sich in diesen Tagen ein Wechsel. **Fabian Gewalt** übernimmt von Jan Schmidt das Amt des Regionalkreisvorsitzenden. Jan Schmidt fungiert künftig als sein Stellvertreter. Er hatte um den Ämtertausch gebeten, um seinem Unternehmen wieder mehr Zeit widmen zu können.

In der nächsten Ausgabe 1/2014 stellen wir Ihnen Fabian Gewalt mit einem Porträt näher vor.



Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir begleiten Sie mit unserem VR-FinanzPlan Mittelstand.

Arbeitsplätze sichern und schaffen? Expandieren? Finanziell alles im Griff haben? Ganz gleich, was Sie als Unternehmer antreibt: Mit der Hamburger Volksbank haben Sie einen erfahrenen Partner an Ihrer Seite, auf den Sie sich immer verlassen können. Unsere Beratungsstrategie ist der VR-FinanzPlan Mittelstand. Mit Ihrem persönlichen Berater erarbeiten Sie gemeinsam für jede Herausforderung die richtige finanzielle Lösung. Vereinbaren Sie einen Termin in einer unserer Filialen, telefonisch unter 040/30 91-00 oder gehen Sie online:

www.hamburger-volksbank.de

Hamburger Volksbank
Man kennt sich.

MS EUROPA 2

DIE GROSSE FREIHEIT:
Das erste Luxusresort, das
Sie mit durch Asien nimmt.



Erstmalig vom Berlitz Cruise Guide 2014 mit 5-Sterne-plus ausgezeichnet!

An Bord der EUROPA 2 erwarten Sie:

- Maximal 500 Gäste
- Ausschließlich Suiten mit großzügiger Veranda und Meerblick
- 1.000 m² Spa- und Fitness-Bereich
- Acht Gourmet-Restaurants ohne Aufpreis
- Individuelle Land-Arrangements

Freuen Sie sich auf eine perfekte Mischung aus kolonialem Charme und vietnamesischem Alltag. Faszinierend ist der Reiseauftakt in der Metropole Hongkong, gefolgt von einer mystischen Welt, z. B. entlang der rund 3.000 bizarren Kalksteininseln der Halong Bucht. Genießen Sie die Aussicht auf eine einmalige Natur, bevor Sie in Da Nang Spuren der Cham folgen.

Das Kontrastprogramm: Ho-Chi-Minh-Stadt mit ihrem geschäftigen Treiben.

SINGAPUR – SINGAPUR

Reisedaten

12.02. – 26.02.2014 | 13 Tage | Reise EUX1404

24.03. – 06.04.2014 | 13 Tage | Reise EUX1407

pro Person ab **€ 7.990**

in einer Veranda/-Ocean Suite
inkl. Linienflügen ab/bis Deutschland



Persönliche Beratung und Buchung:

That's travel. 
luxury cruise agency

Tel. 0800 000 067 411 (innerhalb Deutschlands kostenfrei)

+49 40 22 611 551

book@thats-travel.com, www.thats-travel.com

Hapag-Lloyd Kreuzfahrten GmbH, Ballindamm 25, 20095 Hamburg

 **Hapag-Lloyd**
Kreuzfahrten

www.mseuropa2.de